

1913

Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 8/6, und durch Kolportierer zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 2.84.

Volkswohlt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Spezialausgabe enthält für die einjährige Solangezeit über deren Raum 25 Bogen. Für Arbeitsmarkt Berlin und Verammlungs-Anzeigen 15 Bogen. Auswärtige Inserate 25 Pf. Inserate für die achte Nummer müssen bis Vortag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 62.

Breslau, Dienstag, den 14. März 1911

22. Jahrgang.

Das Wahlrecht ein Rechtsanspruch der Frau.

Die moderne Großindustrie als vorläufiges Ergebnis der wirtschafts-technischen Entwicklung, konkurrierte sowohl den weiblichen Universalhandwerker der Familie, als auch den in Zünften organisierten Handwerksmeister nieder. Im neuen Produktionsprozeß fanden aber alsbald die Frauen und Mädchen, die der produktiven Arbeit im Hause, der Arbeit für den Selbstbedarf heraus waren, Beschäftigung als Fabrikarbeiterinnen. Die mannigfaltige Not des Lebens, der die Arbeiterkraft ausgesetzt ist, und der unerlässliche Profitthunger des Kapitals, waren die Haupttriebkraft, die zur Verwendung der Frauenerwerbsarbeit führten und die die Nachfrage nach ihr aufrecht erhalten und steigern. In allen Ländern, in denen die kapitalistisch angeordnete Maschine ihren Einzug hielt, folgten ihr Scharen erwerbstätiger Frauen auf dem Fuße, und die Ergebnisse der Volks-, der Berufs- und Gewerbezahlung zeigen, daß die Frauenerwerbsarbeit schneller zunimmt, als die der Männer, schneller sogar als die weibliche Bevölkerung.

Deutschland zählte 1882 bereits 5.541.517 weibliche Erwerbstätige; deren Zahl stieg im Jahre 1895 auf 6.578.550, und im Jahre 1907 sogar auf 9.492.881, eine Zunahme seit 1895 um 44,44 Prozent, seit 1882 fast eine Verdoppelung. Diese Zahlen beweisen, welche einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben des Volkes die Frauenerwerbsarbeit bildet. Nicht nur einen wichtigen, sondern auch einen unentbehrlichen Faktor. Man denke: Es sollte plötzlich die Frauenerwerbsarbeit ausgeschaltet werden; eine Störung, in manchen Branchen ein Stillstand des Betriebes wäre die Folge. Sind aber die Frauen in so hohem Maße mit Hand und Hirn beteiligt an der Erzeugung der Produkte, die zur Erhaltung und Fortentwicklung der Gesellschaft notwendig sind, erfüllen sie in so hohem Maße Staatsbürgerpflichten, so haben sie auch einen vollen wichtigen Anspruch auf Staatsbürgerrechte: Auf das Wahlrecht!

Sie haben umso mehr einen Anspruch auf diese Rechte, weil sie durch ihre veränderte Stellung im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben einer ganzen Anzahl von Kämpfen ausgesetzt sind, denen sie ungeschützter und ungerüsteter solange gegenüberstehen, als sie das Wahlrecht entbehren, das in diesen Kämpfen eine wichtige und notwendige Waffe bildet. Denken wir nur an die Kämpfe gegen die wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die Auswucherung durch Steuern und Zölle, an den Kampf um ein gesichertes Koalitionsrecht, um einen wirksamen Arbeiternschutz und anderes mehr; immer ist die politisch rechtlose Frau die Wehrlose in diesem Kampf, obgleich sie doppelt des zu erringenden Schutzes bedarf: Nicht nur deswegen, weil sie die körperlich schwächere ist, sondern vor allem deswegen, weil sie als weiblicher Mensch die Pflichten der Mutterpflicht zu erfüllen hat. Durch die Erfüllung dieser wichtigen Pflichten, die erst den Fortbestand der menschlichen Gesellschaft garantieren, bringt die Frau zudem schwere persönliche Opfer, und erwirbt sich damit einen doppelten Rechtsanspruch auf das Wahlrecht. Bei und gleich nach der Entbindung sterben jährlich zirka 10.000 Frauen, zirka 50.000 erkranken schwer an den Folgen der Mutterpflicht; das sind weit größere Opfer, als der Mann bei der Ausübung der Wehrpflicht bringt.

Bedingt die Pflichtleistung der Mutterpflicht und die dadurch gebotene größere Schutzbedürftigkeit der Frau auch umso mehr den Besitz des Wahlrechts, so ist doch gerade der Mutterberuf der Frau einer jener wohlfeilen Gründe, die für die Vorenthaltung des Frauenwahlrechts ins Feld geführt werden. Die Weiblichkeit der Frau, ihr Seelenleben soll angeblich Schaden leiden durch die Beschäftigung mit Politik! — Diese Argumentation hören wir aus dem Munde derselben Herren, die das Menschentum des Weibes mit Füßen treten, indem sie „ihre“ Arbeiterinnen in langer Tagesfron an die Maschine fesseln, indem sie bei mörderischer Art der Arbeit die Gesundheit des Weibes und — des Kindes, das es unter dem Herzen trägt, kaltsblütig vernichten, weil's das kapitalistische Profitinteresse so will. Sogar Gründe der Weiblichkeit werden gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt. Es müßte ein abstoßender Anblick sein, meinte einst ein konservativer Herr, wenn eine schwangere Frau die Rednertribüne des Reichstages besteige. Mag sein, daß das richtig ist für diejenigen „Herren“, die beim Anblick einer schwangeren Frau eine unüberwindliche Lust zum Spotten und — Jotenreihen bekommen, und diese „Herren“ sind unseres Erachtens nicht reif zur Ausübung der höchsten Staatsbürgerrechte und „Pflichten“ eines Parlamentariers. Dagegen wird kein Mann, der in der schwangeren Frau die Trägerin der kommenden Generation achtet, der sich bewußt ist, welche hohen und heiligen Dienste sie durch die Mutterpflicht der Gesellschaft leistet, sich abgestoßen, sein ästhetisches Empfinden verletzt fühlen bei ihrem Anblick; er wird vielmehr die größte Hochachtung entgegenbringen, denn als Staatsbürgerin, die selber Pflichten erfüllt, Rechte ausübt und bürgerlichen Tugenden entwickelt, wird die Frau umso mehr befähigt, ihre Mutterpflichten im besten Sinne des

Wortes erfüllen zu können. Das Gebären und Pflegen der Kinder erschöpft nicht die Pflichten einer Mutter, sondern dazu gehört vor allem auch das Erziehen der Kinder.

Kinder erziehen wird aber zweifellos die Mutter am besten, die einen weiten Blick, einen reichen geistigen Besitz, die Erfahrung, die Tat- und Willenskraft ihr eigen nennt und all diese Eigenschaften zu Festhalten weis. Staatsbürger erziehen kann nur, wer selber Bürgertugenden besitzt und sie zu üben weis.

Der Besitz des Wahlrechts und seine Ausübung wird also nimmer die wichtigen mütterlichen Eigenschaften des Weibes beeinträchtigen, sondern umgekehrt: diese Eigenschaften entwickeln und vervollkommen.

Mutterpflicht und Erwerbsarbeit der Frau begründen somit ebensosehr die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts, als sie den Rechtsanspruch an dasselbe nachweisen.

Mitte März, der 19. März, der sozialdemokratische Frauentag, den Beweis erbringen, daß diese Tatsache Millionen von Frauen zum Bewußtsein gekommen ist, und sie zu Kämpfern für das Frauenwahlrecht macht.

Politische Ueberflucht.

Die große Abrechnung Fischers.

Am Sonnabend begann im Reichstag die große sozialpolitische Generaldebatte, mit der alljährlich die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern eingeleitet wird. Im Mittelpunkt des Tages stand die großangelegte ausgezeichnete und wirkungsvolle Rede des Genossen Fischer, der die gesamten sozialpolitischen Leistungen oder vielmehr Nichtleistungen des nunmehr seinem Ende sich zuneigenden Reichstags der Stimmlosenwahlens Revue passieren ließ. Beide Blöcke, der Kaiserblock Bülow's und der Freiwiliger Block, so verschieden sie sonst sein mögen, sind sich gleich an sozialpolitischer Unfruchtbarkeit. Wie hoch stand das Wort des Fürsten Bülow von der Fortsetzung der Sozialpolitik! Fürst Bülow sitzt in der Villa Maala, der Bülow-Reichstag a. D. liegt im Sterben, und die Sozialpolitik steht noch da, wo sie 1907 stand. Und alle bürgerlichen Parteien von Normann bis Mugdan tragen die Mitschuld an diesem kläglichen Fiasko.

Ueber die bürgerlichen Redner, die am Sonnabend zu Worte kamen, läßt sich rasch hinweggehen. Herr Pieper ließ das duffende Selbstlob des Zentrums ertönen, und der schlichte Mann aus der Potsdamer Werkstatt, Pauli, hätte sich als der größte Salbaderer der Welt erwiesen, wenn nicht am Schluß der Sitzung der reichsparteiliche Mädchenschullehrer aus Elberfeld, Herr Ling, mit seiner teils auf den Ton einer Nachmittagspredigt, teils auf das Schnarren einer Scharfmachertrabe gestimmte Rede sich als noch größerer Meister in dieser edlen Kunst erwiesen hätte. Um eifrige Stufen höher stand die Rede des Dr. Müller-Reintngen. Das Beste an ihr war die Kritik an der Mißhandlung des Reichsvereinsgesetzes durch preussische Bureaukratenwillkür. Es mag Herrn Müller ja recht schmerzhaft sein, sein zur schönen Paarungszeit mit Bülow erzeugtes Kind so mißhandelt zu sehen. Aber vorausgesetzt ist ihm das alles, was er jetzt beklagt. Hoffentlich beherzigt er die Lehre. (Siehe den ausführlichen Bericht.)

Die Nachwahl in Sießen.

Einmütiger als jemals zuvor verlangt die liberale Presse von ihren Anhängern im Wahlkreis Sießen-Midda, daß sie bei der am 21. oder 23. März bevorstehenden Stichwahl zugunsten der Sozialdemokratie den Ausschlag geben. So sagt z. B. die „Frankfurter Zeitung“ kurz und bündig:

In der Stichwahl handelt es sich für die Fortschrittliche Volkspartei darum, den Sieg Dr. Berners zu verhindern. Das kann nur dadurch geschehen, daß die für Parzer Korrel abgegebenen Stimmen reiflos auf den sozialdemokratischen Kandidaten Hermann überführt werden. Ganz abgesehen von der durchaus unanständigen, vor keinem Mittel der Unwahrscheinlichkeit zurückstehenden Agitationen der Antisemiten, die in ihren untergeordneten Orten auf ein geradezu erschreckendes Niveau gewöhnlicher Verbreitung und allgeloßter Demagogie herabfallen, machte es die politische Verantwortlichkeit jedes halbwegs liberalen Mannes, nicht dem schwarz-blauen Block zu einem billigen Erfolg zu verhelfen und erst recht nicht durch die aktive oder nur passive Unterstützung seines politischen minderwertigen Bestandteils. Darum heißt nunmehr die Parole: Für Berner und gegen den Genossen des schwarz-blauen Blocks!

Die „Berliner Volkszeitung“ begründete diese Stichwahlparole wie folgt:

Es wird sich zeigen, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, in denen bisher die Freisinnigen schon im ersten Wahlgang für die Nationalliberalen eingetreten sind, die Nationalliberalen Herrlichkeit auf eben so schwachen Füßen ruhen wie in Sießen. Daher aber die Freisinnigen nach den Erfahrungen in diesem Wahlkreis für den Nationalliberalen wie bisher den Sieg zu halten, dann sind sie für den Untergang reif.

Für die freisinnigen Wähler des Wahlkreises Sießen liegt die Sache jetzt so, daß sie in der Stichwahl dem Sozialdemokraten zum Siege über den Antisemiten verhelfen müssen. Ein herabig beschämendes und entwürdigendes Beispiel, wie es noch bei den allgemeinen Reichswahlen des Jahres 1907 im Wahlkreis Sießen-Midda-Schmalldorf vorgekommen ist, wo die freisinnigen Wähler

in der Stichwahl zwischen dem Antisemiten Raab und einem sozialdemokratischen Kandidaten mit dem Segen der Parteileitung Herrn Raab zum Siege verholfen haben, darf sich in Deutschland nicht mehr wiederholen.

Im vorigen Jahre haben im zweiten großherzoglich-hessischen Wahlkreis Friedberg im Wahlkreis in der Stichwahl für den verstorbenen Nationalliberalen Grafen Orloa die Freisinnigen in der Stichwahl zwischen einem sozialdemokratischen und einem liberalen Kandidaten die Entscheidung zugunsten des Sozialdemokraten herbeigeführt. Die Freisinnigen müssen jetzt die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei im Wahlkreis Sießen folgen. Auch hier steht der Feind! Bei der Stichwahl zwischen einem Antisemiten und einem Sozialdemokraten kann es für eine Partei, die fortschrittlich genannt sein will und auf den Namen Volkspartei Anspruch erhebt, keinen Zweifel geben. Die Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei im Wahlkreis Sießen müssen Mann für Mann in der Stichwahl für den Sozialdemokraten eintreten, damit dieser und nicht der Antisemite gewählt wird. Das gebietet der politische Anstand, das gebietet die politische Pflicht.

Während die drei liberalen Blätter Breslaus derselben Erwartung Ausdruck geben, zieht die „Freisinnige Zeitung“ in einem Artikel „Was lehrt Sießen“ alle möglichen Schlüsse aus dem Wahlergebnisse, nur eine Stichwahlparole umgekehrt sie, wie die Rabe den heißen Drei.

Der „Vorwärts“ schreibt zum Ergebnis der Wahl:

Was nach dem Verlauf der bisherigen Nachwahlen zu erwarten war, ist auch bei dieser Wahl eingetroffen: ein hartes Zurückdrängen der reaktionären Parteien, Abfluten der Wähler ins oppositionelle Lager. Geradezu vernichtend ist die Niederlage der Nationalliberalen, deren Kandidat, Professor Sievelius, die Stimmen der hessischen Bauern sich dadurch zu sichern glaubte, daß er die Forderungen des Bundes der Landwirte anerkannte. Nennlich schlecht abgeschrieben hat der Kandidat der Antisemiten. In der bei den Antisemiten bekannten Art wurde daher auch von ihnen der Wahlkampf geführt. Mit einer Schamlosigkeit, von Verleumdungen wurden von den Antisemiten in Schrift und Wort die politischen Gegner überhäuft. Aber alle unwahren Mägen konnten nicht verhindern, daß ein Teil der überwiegend ländlichen Wähler des Kreises die durch unangenehme Volksverleumdungen befehlte Fahne des Antisemitismus verließ.

Die Nationalliberalen, die seit der Nachwahl im Jahre 1896 auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet hatten, traten in ihrem Pfarrer Kreyel eine der wichtigsten Stellen ihrer Partei. Seine Person und der verständlichen Verhalten des nationalliberalen Kandidaten verdanken die Liberalen eine erhebliche Stimmengzahl, die bei der Stichwahl ausschlaggebend sein dürfte.

An den Liberalen liegt es, zu beweisen, ob es ihnen wirklich ernst ist mit der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks. Gehen die Stimmen, die bei der Hauptwahl auf Werck entfallen sind, in der Stichwahl auf unseren Genossen Beckmann über, so ist wieder eine Position der Reaktion erobert worden. Die anderen werden bei der kommenden Hauptwahl, vor der dem philosophischen Reichskanzler offenbar so graut, daß er es nicht wagt, den Termin bekannt zu geben, sicher folgen.

Uebrigens geben die Blauschwarzen die Hoffnung auf den Sieg des Antisemiten noch nicht auf. Sie rechnen auf die Stimmen aller Nationalliberalen hessischer Couleur und auf die Wahlenthaltung und den Umfall von etwa 1500 Freisinnigen. Jedenfalls wird die Entscheidung auf des Messers Schneide stehen, und man wird auch auf der Linken gut tun, sich nicht vorzeitigen Hoffnungen hinzugeben.

Waffenrecht.

Ein Gesetzesentwurf wird angekündigt, der den Waffenhandel und das Waffentragen unter staatliche Kontrolle stellt und die Strafbestimmungen für unbefugtes Waffentragen verschärft. Wertwürdigerweise wird hinzugefügt, daß sämtliche Parteien des Reichstags diesen Antrag unterstützen. Diese rellamehafte Stimmungsmache kann unmöglich den Tatsachen entsprechen, denn ein Antrag, der noch nicht eingebracht ist, kann ja nicht von den Parteien unterstützt werden. Auch die sozialdemokratische Partei wird zu dem Gesetzesentwurf erst Stellung nehmen können, wenn sie ihn kennt, immerhin kann aber jetzt schon gesagt werden, daß die angekündigte Vorlage ihr Gutes haben wird. Sie wird nämlich Gelegenheit zur grundsätzlichen Erörterungen einiger Fragen geben, die in der letzten Zeit brennend geworden sind.

Eben kommt die Nachricht, daß der Fahnenjunker von Diebahn, der bei Postenstellen in der Jungferndeide, nördlich Berlin, den ungeschuldeten und ahnungslosen unter Schmittsche erschoss, vom Oberkriegsgericht endgültig freigesprochen worden ist. Dieses oberkriegsgerichtliche Urteil befreit sich mit dem Spruch der Vorinstanz, die den schiefhalsigen Fahnenjunker gleichfalls freigesprochen hatte, da er sich in „Notwehr“ befunden habe. „Notwehr“ — ein Begriff, den das Gesetz nicht kennt — ist ein Zustand, in dem man glaubt, sich in Notwehr zu befinden, ohne daß diese Annahme durch die Tatsachen begründet ist. Ein solcher seelischer Zustand ist nach dem Gesetz kein Strafausschließungsgrund. „Notwehr“, Furcht oder Schrecken“ machen straffrei, wenn die Grenzen der Notwehr überschritten worden, nicht aber, wenn ein Grund zur Notwehr überhaupt nicht vorliegt. Das war aber beim Fahnenjunker v. Diebahn der Fall, denn es gibt keine Notwehr eines Mannes, dem bewaffneten Soldaten gegen einen friedlichen waffenlosen Mann.

Der Vertreter der Anklage hätte wegen fahrlässiger Tötung drei Monate Gefängnis beantragt. Drei Monate Gefängnis für die leichtfertige Vernichtung eines ungeschuldeten Menschenlebens! Aber auch das ist dem Ober-

Stadt-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr.
„Königskinder“.
Dienstag 7 1/2 Uhr.
„Die Hochzeit des Figaro“.

Lobe-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr.
„Glaube und Heimat“.
Dienstag 7 1/2 Uhr.
„Das Tal der Liebe“.

Thalia-Theater.

Montag, Anfang 8 Uhr.
Sonderstellung für die vereinigten
Handlungsgehilfen der Stadt.

Schauspielhaus.

Montag 8 Uhr.
Vollbesetzung. Kleine Preise.
„Der Zigeunerbaron“.

Liebig's Etablissement.

Sensations-Mimodrama von Bonque
7 Korinnas Albert Böhm
Pellt Roberto The Jansly's
etc. etc. etc.

Viktoria-Theater.

Carl Schmitz
in der Spitze:
„Schwiegervater & Cie.“
Jos. Menó
und die neuen Kunstkräfte.

Zeltgarten.

Nur noch 3 Abende!
Das großartige
März-Programm
Attraktionen.

Dr. E. Schlesinger.

prakt. Arzt und Kinderarzt
verzogen nach 1877
Neue Gasse 8/12, 1.

Pfänd r-Auktion!

Donnerstag, den 16. März etc.
Pfändel-Institut 808
Matthiasstrasse 113, I. Etg.

Pfänder-Auktion.

Verlängerung bis 17. März 1911.
Pfändel-Institut 1378
Celsusstraße Nr. 12.

Gelegenheitskäufe.

Schöne Plüsch-Thron b. 1. par.
Pöschelstr. 48, I. Etg. 1374

Uhren.

für Herren und Damen.
in Gold u. Silber. 137
Leinhardt Altbauerstr. 17.

Knaben.

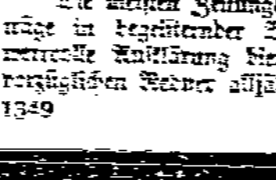
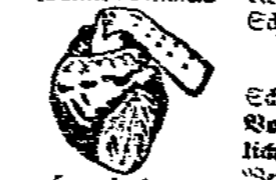
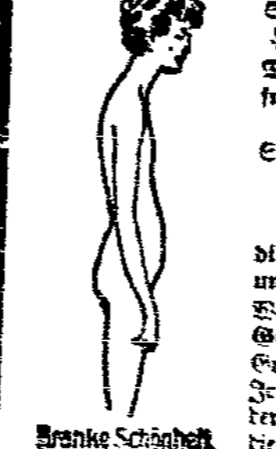
Anzüge und Paletots.
Frankenburgerstr. 54, pt. 136

Feuerversicherung.

sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Nitterplatz 5, III.

Lichtbilder-Vorträge.

des Herrn Direktor Uhlig vom Waldsanatorium Oybin.
Montag, den 13. März, im „Vinsenzhaus“, für Damen,
Dienstag, den 14. März, im „Vinsenzhaus“, für Herren,
Mittwoch, den 15. März, im „Vinsenzhaus“, für Damen,



Neue Wege zur Hebung der
Krankheitslast ohne
Nerven u. ohne Operationen.

Organ-Veränderungen im
menschlichen Körper:
Zehnerungen, Zehnerungen,
Zehnerungen, Zehnerungen,
Zehnerungen, Zehnerungen.

Was Erwachsene über
die Leiden unserer Frauen
und Töchter wissen müssen?
Schwindsüchtbrustbau
Was man über das Weien und die Folgen der
Gehirnerkrankheiten wissen sollte.
Ursachen und
Folgen im Gehirnleben.
Die Wärmelehre, eine
frühe Vorarbeit für die
leidende Menschheit.
Eckhülle in Stumpfheit.

Schönheits-Mittel. Wahre Schönheitspflege.
Vergleichendes Verblüden und Alieen.
Inglück-
liche Ehen. Wann und wen dar ist heiraten?
Wen nicht? Folgen der Unheirat.
Küsterisch um
zu werden. Glänzende Bekrönung
Hinterher. Warum so viele Kranke Frauen
und Mädchen? Die können viele Operationen
und Franzosenen rasch werden?

Die Naturheilkräfte von Chylin.
Nach den Vorträgen:
Zusammenfassung und Fragenantwortungen.

Eintritt 50 Pf., referierter Platz 1 Mk.
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Lehrling.

für die Expedition gegen monatliche Vergütung gesucht.
London & Co., Oderstrasse Nr. 5. 137

D. Jürsmann
Reuschestr. 8/9, Ecke Büttnerstr.
Neuheiten
in
Wollstoffen
für das
Frühjahr 1911.

Enorme Auswahl
Bekannt gute Qualitäten
Billigste Preise
Kostüme Stoffe
Woll-Popeline
Eolienne
Wollstoffe

Photographisches Atelier
Emil Schroeder, Friedr.-Wilhelmstr. 60/62.
Lieferer den Konfirmanden wie bekannt
nur gute haltbare Bilder
zu ermäßigten Preisen.
Kinderaufnahmen und Vergrößerungen nach jedem älteren Bilde.
Emil Schroeder, Photograph.

Blaue Arbeits-Anzüge
Rechte u. Pflichten
des Mieters
Gustav Knauerhase
Breslau L. Neumarkt 45, pt. u. I. Et.

Palmengärten
2 Kapellen
Neue Waldenburger
Berg-Kapelle
Zigeuner-Kapelle.

Jeden Montag:
Spezialtag
Jeden Dienstag:
Spezialtag
Georg Hildebrand

Privat-Handelsschule
„Barber“
Breslau V, Gartenstrasse 57, neben Liebig.
Telephon 2447.
Beginn neuer Kurse Anfang April 1911.

Schweinefleisch
Waldenburger
Industrie-Revier.

Konfektions-Leinwand
Konfektions-Garn
Seiden-Ersatz
Schulz & Liebich

Zigarren
Zigarren-Fabrik E. Lampke.

Table with multiple columns listing various businesses and their addresses under the heading 'Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis'.

Richard Fischers große Abrechnung!

Deutscher Reichstag.

145. Sitzung. Sonnabend, den 11. März, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Die Beratung beginnt beim Titel „Staatssekretär“. Hierzu liegen eine größere Anzahl von Resolutionen vor.

Die Sozialdemokraten verlangen in einer Resolution einheitliche Regelung der Beziehungen der für die industriellen Werke bestehenden Pensionisten, in einer anderen die Verlegung eines Reichsberggesetzes.

Zentrum und Konservative wünschen Ergänzung und Verschärfung der Bestimmungen über die Wanderlager, das Zentrum außerdem für die Einzelstaaten die Möglichkeit, die Bestimmungen über die Detailrenten und Hausierer weiter zu einschränken.

Weiter wünscht das Zentrum die Schaffung einer Zentralbehörde zur Förderung der Tarifverträge.

Eine Resolution, die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnet ist, wünscht, daß im Verein mit Österreich eine deutsche ethnographische Kommission geschaffen wird.

Abg. Dr. Pieper (Zentrum)

verbreitet sich zunächst über die Baumwollkultur in unseren Kolonien. Dann bittet er, um Beschleunigung der Erwägungen über den Reichstag schon 1907 angenommenen Antrag, der einen Gesetzentwurf über die Kartelle und Trusts verlangt; weiter polemisiert der Redner gegen den Hausabund, der wesentlich eine Vertretung der Großindustrie sei und die Verteilung des Handwerks besser den Mittelstands-Vereinigungen überlasse. Seine Freunde, fährt der Redner fort, wollen dem Haus die Erlöse, durch Zulassung guter Arbeit, beschaffen haben wir schon früher verlangt, daß dem Reichstag eine Nachweisung über den Anfang der vom Reich an Handwerker vergebenen Lieferungen vorgelegt wird. Ebenso wünschen wir, daß mit Energie Ermittlungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes angestellt werden. Wünschenswert ist, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um das Gesetz über die Versicherung der Privatbeamten und das über die Gleichstellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten zu fördern. Die Reichsversicherungs-Ordnung befristet alle Parteien. Zu bedauern ist aber, daß das Arbeitsamt-Gesetz (Schreier) nicht. Ueber ein Reichsberggesetz schweben Erwägungen. — Zum Schluß möchte ich noch mit warmer Erkennung der Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten gedenken; sie sollten das Recht erhalten, in Einzelfällen Verfügungen zu treffen. Im Jahre 1908 hat meine Fraktion einen Antrag auf Ausbau der Tarifverträge eingebracht. Der frühere Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und auch der jetzige haben sich sympathisch dazu ausgesprochen. Wir haben deshalb die Resolution beantragt, welche die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge wünscht. Wir hoffen, daß das Reichsamt des Innern energisch die Führung in dieser Angelegenheit übernimmt. (Bravo! i. Ztr.) In Bezug auf die Fortführung der Sozialreform macht sich in manchen einflussreichen Kreisen eine gewisse Ermüdung geltend. Aber diese Fortführung ist eine nationale Aufgabe, zu der die bisherigen Erfolge nur ermutigen können. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.)

Die Ermüdung, von der der Vorsitzende sprach, ist nicht wunderlich, sie rührt von dem schnellen Tempo unserer Sozialpolitik her, in der wir viel weiter gegangen sind, als die laienlichen Verhältnisse im Auge hatten. — Gewerbe- und Landwirtschaft gehören zusammen und müssen zusammengehen im eigenen Interesse. — Dem Gedanken der Tarifverträge stehe ich sympathisch gegenüber, aber ihr Abschluss wird immer schwieriger, weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen moderner und monatelang die Verhandlungen hinstrecken — sie werden ja für ihre Tätigkeit bezahlt und die Arbeitgeber die Last solcher Verhandlungen nicht auf sich nehmen können. — Außerhalb Deutschlands gibt es fast gar keine Sozialpolitik, aber auch wir dürfen den Bogen nicht überspannen, sonst springt er. (Bravo! rechts.) Die Privatbeamtenversicherung erweist sich der wärmsten konservativen Sympathien. Redner sucht nachzuweisen, daß die Konservativen ihre Mittelstandsbeiträge nur aus uneigennütziger Liebe zum Handwerk und nicht etwa zu Wahlzwecken einbringen. (Lachen links. Bravo! rechts.)

Abg. Fischer (Soz.)

Auf die Ausführungen des Herrn Pauli einzugehen, verlohnt sich wirklich nicht. Daß gerade er der konservative Generalredner war, ist bezeichnend für den Tiefstand konservativer Sozialpolitik. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Herr Dr. Pieper wies die deutsche Sozialpolitik, was in ihr erreicht worden ist, mußte durchgesetzt werden im harten Kampfe gegen die Unternehmer. Nur die größte Beharrlichkeit, die ich einem so klugen Manne wie Dr. Pieper garnicht mitraue, kann sich in solchen Vorprüfungen ergehen. Jetzt, da wir am Schluß der Legislaturperiode stehen, ist es am Platze, einmal einen Rückblick auf die Leistungen dieses Reichstags auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu werfen. Was war das für ein Jubel unter den Staatsbediensteten, als die Sozialdemokratie angeblich „niedergeritten“ war. Wenn Fürst Bülow in der Villa Malta sich einsam schließt, kann er sich ja die Zeit mit der Lektüre der damaligen Sieges-Admonitionen vertreiben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Demals wurde in der Thronrede die Fortführung der Sozialpolitik versprochen. Allerdings war nur von der Sozialpolitik, Wilhelm des Großen, nicht von den Februar-Erlässen des jetzigen Kaisers die Rede. (Hört, hört!) Aber überall erklang es damals:

nun erst recht Sozialpolitik!

Sozialpolitik gegen die Sozialdemokratie. So sprach Bülow, so Daffertmann, so Bülow nachmaliger Nachfolger, der Kanzler der gottgewollten Abhängigkeitsphilosophie. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die größten Versprechungen wurden gemacht: Privatbeamtenversicherung und Arbeitsamtergesetz und wer weiß was sonst noch. Der Benjamin des Bülowbundes Herr Müggan (Gr. Heiterkeit) verhöhnte das Zentrum wegen der Ergebnislosigkeit seiner papierernen Sozialpolitik. (Hört, hört! bei den Soz.) Und was ist nun das positive Ergebnis gewesen? Wir hören Worte, Worte, Latein oder sagen wir gar nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Camp, der heute wieder nicht da ist (Heiterkeit), bekannte sich als Anhänger der Fortführung der Sozialpolitik und als Gegner jedes Schrittes nach vorwärts. Das war jene Art von Sozialpolitik, deren Vertreter nicht zahlten, bis sie den wüßigen Sozialpolitikern, den Grafen Potodowski, gestülzt. Der mußte, was ihm bevorstand. Er sprach von „giltigen“ Anträgen, die ihn jedoch nicht bewegen würden. Staatssekretär gegen Sozialpolitik zu sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Das war sein Schwänzeinsatz. Auf Potodowski folgte Theobald. (Heiterkeit.)

Was versprach nun Theobald?

Den Jahresantrag, im Grunde nur die gesetzliche Festlegung der Ertragsanteile der Gewerkschaften. Weiter die Ausdehnung der Sonntagsruhe, das Arbeitsamtergesetz, das heute noch nicht erreicht ist. Warum nicht? Weil die Regierung, die Wünsche des Zentralverbandes nicht erfüllend, den Arbeitern keine genügende Unterstützung zubilligen will, namentlich nicht den Arbeitern

ihren eigenen Betriebe. So steht der Staatssekretär von 1911 seinen Fuß auf die laienlichen Erlasse von 1890. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weiter die Reichsversicherungsordnung, die nur das Attentat verleiern soll, das gegen die proletarische Selbstverwaltung der Kronenlöhner geplant ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den schändlichen Worten sind keine Taten gefolgt, oder das Gegenteil des Versprochenen. Also Bluff und Humbug. (Stürm. Zustimmung bei den Soz.)

Dann ist ja auch das Zentrum noch hier, das damals oppositionell war. Herr Trimbom führte aus: „Was nützen uns allgemeine, abstrakte Bekenntnisse zur Sozialreform, wie wir sie in Reichstagen, Debatten und gelegentlichen Anträgen von Bundesratsmitgliedern und noch höheren Stellen gehört haben. (Sehr gut! in der Mitte.) Diese allgemeinen Bekenntnisse verlieren allmählich jeden Wert, wie wollen endlich Vorlagen sehen.“ Können Sie es uns vorstellen, wenn auch wir sagen, diese allgemein gehaltenen Bekenntnisse zur Sozialpolitik verlieren allmählich jeden Wert, wie wollen Vorlagen, wie wollen ihre Durchführung, wie wollen Gesetze sehen?

(Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Herr Trimbom verlor damals die Wägen- und Wasserversicherung, die Sonntagruhe im Schiffbau, die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Reichsanwaltschaften, den Schutz der Frauen und Jugendlichen in gesundheitsgefährlichen Betrieben, kurz ein ganzes, sozialpolitisches Programm. Auch Herr Spahn entwarf ein solches Programm der Zentrumspartei. Namentlich verlangte er die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Sicherung und den Ausbau des Koalitionsrechts, ebenso der Tarifvereine. Was hat die Zentrumspartei in diesen vier Jahren getan, um dies Programm zu erfüllen? Wenn es nur die Hälfte des Einflusses aufzubringen wolle, den es zur Durchführung der Finanzreform aufbrachte, so wäre dies Programm längst erfüllt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach den Februar-Erlässen sollten die Staatsbetriebe Mitarbeiter sein. Das Zentrum läßt zu, daß sie aus dem Arbeitsamtergesetz herausgenommen werden. Als bei der Finanzreform die beteiligten Klassen und die Junfer zum Handeln herausgezogen werden sollten, legte das Zentrum seinen Einfluß ein, damit die Regierung und der Kanzler über die Klagen sprachen. Dem Arbeiter geht es jedem Kampf mit der Regierung aus dem Wege. (Sehr wahr! bei den Soz.) Als 1907 Stimm beantragte, eine Witwen- und Waisenversicherung für alle Arbeiter einzuführen, kam das Zentrum mit dem Antrag, diese Versicherung nur auf die Fabrikarbeiter zu beschränken. In den letzten Tagen hielt Herr Götzer eine prächtige Rede für unsere Resolution zum Waisen-Gesetz, wonach zur Regelung der Arbeitsverhältnisse auch die Arbeiterorganisationen herausgezogen werden sollten. Darin aber stimmte das Zentrum geschlossen

gegen dieselbe Resolution beim Militärretat.

(Sehr wahr! bei den Soz.) In der Reichsversicherungsordnung beantragte die Regierung neben der Entziehung der Arbeiter in den Kranen allen noch wenigstens auch die höhere Pflichten der Unternehmer; in der Kommission stieß das Zentrum diese höchsten Forderungen ab. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solange der konservativ-liberale Block bestand, schickten Regierung und Reichspartei förmlich sozialreformistische Versprechungen, aber Sozialreform wurde nicht getrieben. Jetzt beim blauschwarzen Block hören wir auch keine Versprechungen mehr, das Gefühl der sozialen Ermüdung ist über das Zentrum gekommen. Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo, heißt es im Zentrum, der Offen hat über den verachteten Weltan geklagt, die Berliner Richtung über die schuldigen Arbeiter des Westens, welche die Sozialreform ernst genommen haben.

die Ritter und die Heiligen

wollen nichts davon wissen, das Zentrum ist aus dem demokratischen Lager ins konservative abmarschiert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auf seinem letzten Münchener Parteitag hat es nicht als erste Forderung erhoben: Kampf gegen die Sozialdemokratie — der ist ja beim Zentrum selbstverständlich und ist auch sein altes Recht. Aber das Zentrum ging weiter und sprach sich offen aus

für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter.

Die Partei, die groß geworden ist in den Ausnahmegesetzen der Kulturkampfes, die groß geworden ist in Klagen über das mindere Recht der Katholiken, die besonders die Toleranzartag einbringt und über die Bäckereifirma ihrer Glaubensgenossen im Saal und in der Verwaltung klagt, diese Partei fordert

ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

(Zuruf im Zentrum: Wer hat das gefordert?) Sie forderten, daß jedem, der sich offen zu den Grundfragen und Zielen der Sozialdemokratie bekennet, die Ausnahme in den Staatsdienst verweigert wird. (Zuruf im Zentrum: Nur Leuten mit staatsfeindlicher Gesinnung!) Waren Sie denn nicht Jahrzehnte lang die Reichsfeinde. Die Reichsfeindschaft und Staatsfeindschaft der Sozialdemokratie hat Sie doch nicht gehindert, bei den letzten Wahlen

Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie

zu treffen. (Sehr gut! bei den Soz.) Mancher von Ihnen gäbe nicht hier, wenn wir Staatsfeinde nicht für Sie gestimmt hätten, und auch mancher von uns säße nicht hier, wenn Sie nicht für die Staatsfeinde gestimmt hätten. (Sehr gut! links.) Es gibt übrigens Leute, welche sagen, Sie seien noch viel gefährlichere Staatsfeinde als wir, die Sie Ihren Lehren und Geistlichen den Antimodernismus auferlegen. Unsere Staatsfeindschaft hat den Fürsten Bismarck nicht gehindert, nach Frankfurt zu telegraphieren: Fürst wünscht Sabotage! Und ich weiß nicht, was wohl Herr v. Seydewitz daraus geben würde, wenn wir so dumme wären, zu sagen: unsere staatsfeindliche Gesinnung gestattet uns nicht, für Freisinnige und Nationalliberale zu stimmen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Diese Redensart von der Staatsfeindschaft ist gerade beim Zentrum am allerstärksten angebracht, sie ist eine so dumme und blödsinnige Geheule, daß man sich wundern muß, daß ernste Männer im Reichstag damit kommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Der Bischof Henle von Regensburg hat bei im bayerischen Reichsrat noch unterstrichen; er sagte, Apostel Paulus hat immer dahin gewirkt, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken;

wer knecht ist, soll knecht bleiben.

wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Menschheit entboden wird. Das sagt der Bischof im Jahre 1910 in einer Polemik über soziale Gesetze. (Hört, hört! bei den Soz.) Das heißt doch nichts anderes als: wir vom Zentrum können von der Regierung keine anderen soziale Gesetze verlangen, als die sie freiwillig erlassen will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Widerspruch des Zentrumsvorsitzenden Giesberts. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie, Herr Giesberts, sich dagegen mit Händen und Füßen wehren werden, ist ja begreiflich. (Zustimmung bei den Soz.) Sie sagten ja auch auf dem Brandenburger Kongress: wer die Sozialdemokratie groß gezogen hat, mag sie auch bekämpfen; die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften ist es nicht, auch die sozialdemokratischen Arbeiter sind unsere Brüder. Und gegen diese Brüder hat das Zentrum auf seinem Parteitag die Resolution gefaßt:

sie wegen ihrer Gesinnung aus den Staatsbetrieben herauszureiben.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Warum dieser Stillstand der Sozialreform auf der ganzen Linie? Am 11. Februar hat der Staatssekretär ganz offen erklärt, wir befinden uns im Beginn einer aufsteigenden Konjunktur. Wann wollen Sie denn Sozialpolitik treiben, wenn nicht zu solcher Zeit. Weßhalb also der Stillstand? Etwa aus Mangel an Mitteln? Bei den letzten Wahlen haben wir vernommen, wie der Reichstanzler und sein Gefolge wunderschöne Reden hielten über den Restum der Konjunktur, die Millionen sprangen nur so. Auch der jetzige Staatssekretär des Innern jagte, der jährliche Ueberschuß, den das deutsche Volk erzielt, wäre mit 4 Milliarden nicht zu hoch geschätzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Da kann man doch nicht sagen, die deutsche Industrie sei so besaßt, daß sie keine Mittel mehr zur Durchführung der Sozialreform habe, namentlich, wenn wir einen Blick auf die wirklichen Kosten der Unternehmer für die Versicherungsabgabe werfen. Die Krankenversicherung kostet pro Versicherten 7,55 Mark, die Unfallversicherung 8 Mark pro Kopf, die Alters- und Invalidenversicherung 5,80 Mark, also im ganzen kommt pro Jahr auf jeden Versicherten 21,35 Mark jura, das macht, auf den Tag berechnet, ganze sieben deutsche Reichspfennige. (Hört, hört! bei den Soz.) Und wenn wir die Industrie und die Landwirtschaft besonders betrachten, so macht es in der Industrie 12 Pf., in der Landwirtschaft 5 Pfennige pro Kopf. (Hört, hört! bei den Soz.) Und da soll

eine Industrie, die jährlich 4 Milliarden

zurücklegen kann, nicht in der Lage sein, eine bessere Sozialreform zu ertragen. — Wenn die Herren unter sich sind, sprechen sie auch ganz anders. Ein Unternehmer, ein Mitglied der rechten Seite dieses Saales, sagte in einer Versammlung von Unternehmern, diese Beiträge kommen auf das Unkosten-Konto, auf das Lohnkonto, denn sie seien nur ein Teil des Lohnes. (Hört, hört! bei den Soz.) Redensart ist es sicher, daß man von einem besonderen Druck dieser Belastung nicht reden kann, sie betrage ja höchstens 1/2% des Jahresumsatzes; „das, meine Herren“, fuhr er fort, „ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und unrecht wäre, davon ein großes Geschrei zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen können. Zudem darf nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in erster Linie zu konkurrieren haben, England und Amerika, erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Das sagte der freikonservative Abgeordnete Schmidt-Altenburg, es genügt vollständig, um das Geschrei zu kennzeichnen, die sozialen Lasten machen das Unternehmertum konkurrenzunfähig mit dem Ausland. Und was für Opfer bringen die Arbeiter? In einem einzigen

9563 Personen zu Tode gekommen.

1108 sind dauernd Krüppel geworden, die Verunfallten hinterließen 6272 Witwen und 15.365 Waisen. (Hört, hört! bei den Soz.) Davon hören wir bei den Unternehmern und in der bürgerlichen Presse nichts. Diese Zahlen sind so schrecklich, daß man meinen sollte, jeder, der ein Herz in der Brust hat, sollte alles daran setzen, das Verbrechen zur Verhütung von Unfällen durchzuführen. Aber wir sehen die Konferenzen und das Zentrum, Hand in Hand bemüht, das Gesetz für Unfallversicherung umzuwandeln in ein Gesetz gegen Unfallverhütung. (Zustimmung bei den Soz.) Widerspruch im Zentrum. — Besonders hoch ist die Zahl der Unfälle an landwirtschaftlichen Maschinen. Von den 21.022 Unfällen, von denen weibliche Arbeiterinnen über 16 Jahre betroffen wurden, entfielen auf die Landwirtschaft 16.236. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist so aufschallend, daß sogar der Kaiser sich im Landwirtschaftsministerium an das Gewissen seiner organischen Mitglieder wandte. Er führte aus, daß er sich danach erkundigt habe, ob bei dieser großen Zahl von Unfällen, die dadurch herbeigeführt wurden, daß die Räder der Maschinen von den Transmissionswellen erfasst wurden, denn keine Schutzvorrichtungen bestanden und er hätte erfahren, daß in allen diesen Fällen, die polizeilichen Vorschriften außer Acht gelassen waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten verlangen, daß, wenn die Unfallversicherungsgesetz ihre Pflicht zu erfüllen, das Reichsversicherungsamt zurückbleibe, so zum Erlaß von Schutzvorschriften. Vor wenigen Wochen erst haben die Konservativen und das Zentrum in der Kommission für die Reichsversicherungsordnung sich ausdrücklich gegen solche Veranlassung des Reichsversicherungsamtes erklärt. (Hört, hört! bei den Soz.) Und gegen diese Verschlechterung des Entwurfs auf Kosten von Leben und Gesundheit von Tausenden von Mädchen und Frauen hat die Regierung nicht gesagt: das lasse ich nicht zu. Es ist ja

nicht Fleisch von ihrem Fleisch, nicht Blut von ihrem Blut.

(Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Reichstag hat sich den Wünschen des Zentralverbandes der Industriellen; nur deshalb ist die große Gewerbeordnungsnovelle zurückgegangen. Was für ein Erkenntnis für die sozialpolitische Tätigkeit der Regierung ist es, daß sie heute noch nicht den Mut gefunden hat, trotz aller standhaften Zustände die Konkurrenzklagen zu beseitigen. Wir brauchen uns über das innige Verhältnis der Regierung zum Zentralverband nicht zu wundern, an der Ehrentafel des Festes, das ihm zu Ehren gegeben wurde, sah ja Herr Bued zwischen den Staatssekretären Delbrück und Sydow. Auf Arbeiter- und Gewerkschaftskongresse zu kommen, haben die Herren natürlich keine Zeit. (Sehr wahr!) Wie wohl müßten sie sich gefühlt haben, als Herr Bued sie in ganz ähnlicher Weise abfanzelte wie Herr von Heubrand den Reichstanzler. (Heiterkeit.) Herr Bued tabelte es, daß das Reichsamt des Innern bei der Parteipresse seine Vermittlung angeboten hat, und daß es fortgesetzt

der Sozialdemokratie Vorschub

erleistet habe. (Schallende Heiterkeit links.) Er schloß seine Rede mit den Worten: „Unser Ueberwinden der kleinlichen Spaltungen in der Industrie muß jetzt geschlossen die Gewerkschaften niederkämpfen und vernichten, das muß das Ziel des Kampfes sein.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Als wenige Tage nachher Herr v. Seydewitz hier sprach, konnte man glauben, daß das auch das Programm der Regierung ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er hat allerdings in seiner gottgewollten Abhängigkeit selbstverständlich die Verwahrung vorausgeschickt, „ich nehme von niemandem und von keiner Seite Direktiven an.“ (Große Heiterkeit bei den Soz.) Schade, daß Herr v. Seydewitz diesen Gesicht, als er diese Worte hörte, nicht für den Kinematographen festhalten konnte. (Gr. Heiterkeit.) Wir werden den Kampf mit der Regierung aufnehmen, aber wir sind auch hier, um Anklage zu erheben gegen die bürgerlichen Parteien, die ihre Versprechungen nicht erfüllen. Herr Trimbom sagte 1907, im Jahre 1908 und 1909 sind sozialpolitisch unerschütterbar geblieben. Wir können hinzusetzen, die rückgängigen Jahre waren nicht. Wir werden, sondern auch erfüllt von allen möglichen Versicherungen, die Widerstandskraft der Arbeiter in ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu brechen, und wenn das nicht in dem Maße gelungen ist, wie die Regierung und die bürgerlichen Parteien es wollen, so haben die deutschen Arbeiter das

Der Sozialdemokratie zu danken.

Recht. Zustimmung bei den Soz.) Das eine stark sozialdemokratische Partei in diesem Hause den nötigen Druck ausübt, da er werden die deutschen Arbeiter bei den nächsten Wahlen sorgen: Sie haben für diesen Zweck getan, um die deutschen Arbeiter anzukämpfen, und was einmal notwendig ist, das werden wir nachholen. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fort. Vbl.):

Die früheren Lieberherrn Bundesgenossen, Zentrum und Sozialdemokratie, schieden sich ja ganz nett. Dem Zentrum scheint das Wort des Bischofs von Mainz, Recht muß Recht bleiben, doch schwer in Magen zu liegen. (Sehr richtig! h. d. Vbl.) - Das Reichsgericht ist gut (Widerspr. h. d. Vbl. u. d. Soz.), bei uns ist man damit zufrieden, aber in Norddeutschland wird es mißhandelt durch die preussischen Landräte. (Lebh. Widerspruch links), entgegen den Erklärungen, die f. J. von v. Zeitmann-Hollweg in der Kommission abgegeben hat. (Hört, hört! links). Hände könnte man fällen mit den Kränzen und Praxen der Landräte zur Schlichtung oppositioneller Verhandlungen. Typus und Diphtherie, Wund- und Klauenleiden treten auf wenn liberale Verhandlungen abgehalten werden sollen, aber der Bund der Landwirte geht gegen Wund- und Klauenleiden ein. (Große Heiterkeit). All das steht im Widerspruch mit dem Gesetz. (Hört h. d. Soz.: Wir haben Ihnen das alles vorausgesagt). Die Volksexekution alle eine gleich darauf bringen, daß die Reichsgerichte auch in Preußen folgen werden. (Beifall h. d. Vbl.)

Abg. Venz (Reichspartei):

Die deutsche Sozialpolitik steht unerreicht in der Welt da; wir werden sie weiter führen trotz der sozialdemokratischen Verheißung. (Beifall rechts.) Freilich dürfen die Tarifverträge nicht ein Monopol für eine bestimmte Organisationsart schaffen, wie es die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollen. (Beifall h. d. Soz.): Es gibt keine sozialdemokratischen Gewerkschaften. Ich meine die freien Gewerkschaften. (Große Heiterkeit h. d. Soz.) Das sind ja vollständig sozialdemokratische Körperlichkeiten. (Lebh. Zustimmung rechts.) Die Reichsregierung muß eingreifen, um die Tarifverträge und Arbeitsnachweise vor sozialdemokratischem Mißbrauch zu schützen. Sehr bedauerlich ist, daß selbst manche Unternehmerr sich den sozialdemokratischen Nachgehoren unterwerfen. Selbsterhaltung, Arbeitgeber, die ganze ärgerliche Gesellschaft muß sich zusammenfinden und antworten gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften. (Beifall rechts.) Abg. Seebauer (Soz.) ruft: Das alle Sammlung-Prinzipium. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie hat ein Recht, Jetermorbid zu sein, wenn einmal ein Arbeitgeber erklärt, daß er keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt. (Abgeordneter Hebel (Soz.): Die soziale Proklamierung des Klassenkampfes.)

Der Redner vertritt sich dann über Mittelstandsfragen, über die spanisch-deutsche Handelsbilanz, über den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag, der trotz der Revolution in Kraft bleiben müßte (Sehr gut!) und verlangt eventuelle Repressalien gegen die Benachteiligung der deutschen Industrie durch Hochzinspositionen im portugiesischen Tarif. (Beifall rechts.) Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erklärte am Sonnabend die Wahlen der Abgeordneten Kreising-Verlin IV und Wendland-Kassell für ungültig.

Hierauf wurde die Generaldebatte über das Kapitel Elementarmittelnachweise fortgesetzt. Der Abg. Hadenberg (Kath.), ein Bekannter, sprach sich mit aller Schärfe gegen den Gewissenszwang in Disidentenfindung aus, obwohl er prinzipiell dafür eintrat, daß Disidentenfindung in der Reichswehr eintritt. Er verlangte, daß Disidentenfindung nicht eingeführt werden dürften, am Religionsunterricht teilzunehmen. Weiter erklärte er sich gegen die geistliche Schulaufsicht. Sein konventioneller Kollege, Abgeordneter Hedenberg, stellte sich auf den entgegengelegten Standpunkt und billigte alle rationalen Maßnahmen der Regierung; er forderte sogar ein energisches Vorgehen der Regierung gegen solche Lehrer, die es wagen, einmal sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen oder anderen Zusammenkünften gegen Regierungsmassnahmen Stellung zu nehmen.

Nach weiterer belangloser Debatte wurde die Generaldebatte geschlossen; die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt werden.

Arbeiterbewegung.

Manneamt des Tier-Verliner Eisenbahnerverbandes.

Die Tagespresse berichtet in voriger Woche über eine große Eisenbahner-Versammlung, die am 26. Februar in Berlin stattfand, und in der die Eisenbahnerarbeiter und Arbeiter für bitter beklagtes über die elenden Zustände in den Eisenbahnbetrieben, besonders in den Verwaltungen. Ganz besondere Aufmerksamkeit herrschte in der Versammlung über die letzte Lohnzulage, durch deren ungerechte Verteilung viele Arbeiter empfindlich worden seien. Durch Kürzung des Arbeitslohn sei vielen Arbeitern nicht nur die Lohnzulage, sondern noch mehr genommen worden. Der Grundlohn von 25 und 28 Pfg. wurde unter allgemeiner Zustimmung als ein wahrer Hungerlohn bezeichnet und Abschaffung des Arbeitslohn als eine gerechte, den Lebensbedürfnissen entsprechende Lohnzulage verlangt.

Daß eine solche Kundgebung ungeheure Aufmerksamkeit bei der Eisenbahnbewirtschaftung hervorgerufen wurde, darüber brauchen sich die Eisenbahner keinen Augenblick im Zweifel zu sein. In der

Zeit haben denn auch inzwischen eine ganze Anzahl von Verhandlungen stattgefunden, und noch ist nicht abzusehen, was die Verwaltung als Antwort wird folgen lassen; ob sie es wagen wird, wie in anderen Fällen, auch hier mit Maßregelungen vorzugehen. Wahrscheinlich als der Papst hat sich bei den ganzen Sache wieder die Leitung des Berlin-Exterier Eisenbahner-Verbandes benommen. Schon in der Versammlung führten die Mitglieder jenes Verbandes lebhaft Klage über die Verbandsleitung. Die Kundgebung war auf einem Beiratstag des Verbandes beschloffen worden und sollte rechtzeitig vor der Beratung des Eisenbahnetats im Landtage stattfinden, um auf Regierung und Abgeordnete einzuwirken. Um die Ausführung dieses Beschlusses hatte sich die Zentralleitung des Verbandes herumgedreht und die Versammlung so lange zu verzögern gewußt, bis die Beratung des Eisenbahnetats in zweiter Lesung erledigt war. Der Zweck der Versammlung ist durch dies Verhalten der Verbandsleitung verfehlt worden. Diese Leitung einer Organisation von 90.000 Mitgliedern bemerkt aber auch noch dadurch besonderen Mut, daß sie in der Versammlung selbst durch Abwesenheit glänzte. Einer, der durch Bauchkrämpfe noch nicht ganz das Aufrechtgehen verlernt hat, der vor einiger Zeit von der Zentralleitung zurückgetretene Herr Seebauer, leitete die Versammlung, und er wagte es auch, dem Genossen Landtagsabgeordneten Ströbel zu einer kurzen Erklärung zur Geschäftsordnung das Wort zu erteilen. Dieses Verbrechen wird Herr Seebauer schwer büßen müssen. In der Nr. 9 der Verbandszeitung vom 4. März erläßt die Zeitung folgende Erklärung an erster Stelle:

Die Versammlung der Bezirksvereine Berlin, am 26. Februar 1911, gibt Zentralvorstand und Aufsichtsrat Veranlassung, das Nachstehende zu erklären:

Wir verurteilen auf das Schärfste das Verhalten des Versammlungsleiters Seebauer, der dem sozialdemokratischen Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung erteilt hat. Wie wir jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen, hätte der Vorsitzende von seinem Hausrecht in der Versammlung Gebrauch machen und Herrn Ströbel von der Versammlung ausschließen müssen. Dafür, daß er dies nicht getan hat, wird er die Konsequenzen tragen müssen.

Berlin, den 27. Februar 1911.

Namens des Zentralvorstandes und Aufsichtsrates: Die erste, Kom.-Vorsteher.

Dem Berlin-Exterier Verbande gehören in Berlin und Vororten zusammen etwa 5000 Eisenbahner als Mitglieder an. Sehr viele, vielleicht die Mehrzahl, sind sozialdemokratische Mitglieder. Werden sie auf die Dauer solche Angewandte als ihre Führer und eine solche Organisation als ihre Interessenvertretung anerkennen?

Die christliche „Siege“ ansprechen. Kürzlich ging durch die Zentrumsblätter eine Notiz, in der über christliche Siege bei sozialen Wahlen berichtet wurde. Unter anderem wurde auch ein „großartiger Sieg“ aus Worms gemeldet, wo Gewerbe-Gewerkschaften stattgefunden hätten. Hierüber hielt es in der Notiz:

„Glänzend gefiegt haben auch die christlichen Arbeiter bei der Gewerbe-Gewerkschaftswahl in Worms, wo sie mit 1628 Stimmen gegen 1121 die bisherigen sozialdemokratischen Vertreter ablösen.“

Wie es mit diesem „großartigen Siege“ bestellt ist, darüber hat die sozialdemokratische Arbeiterpresse später die nötige Untersuchung angestellt. Demnach beteiligten sich die freien Gewerkschaften im Jahre 1902 zum ersten Mal an der Wahl und erhielten 25 Stimmen, während die christlichen Arbeiter unter Protection der Fabrikleitung 1075 Stimmen auftrachten. Im Jahre 1906 gingen die freien Gewerkschaften mit den christlichen Arbeitern gemeinsam vor, sie erzielten 1080 Stimmen, die christlichen Arbeiter 1587. Bei der letzten Wahl (1910) gingen die freien Gewerkschaften alleine vor und sie erhielten 1438 Stimmen, während die zur Wahl kommandierten christlichen Arbeiter mit der Selbstorganisation und den plötzlich aufgetauchten christlichen Gewerkschaften gemeinschaftlich 1637 Stimmen auftrachten. So sieht der „glänzende Sieg“ der Christen aus! Man wundert sich doch über den Mut, mit dem die Christen ihre Ruhmesarbeiten sich zum Haupt machten.

Aus Oberschlesien.

Was alles passieren kann.

In Oberschlesien haben schon viele recht Sonderbare erlebt, und fast kein Tag vergeht, wo man nicht den bekannten Ausspruch: „was doch alles passieren kann“ zu hören bekommt.

Diesmal ist das Ergebnis aber keinen Lebenden, sondern einem ganz gewöhnlichen Verammlungsmitglied passiert. Im Januar d. J. wurden in Zabrze vor der Königin Luise-Gesellschaft zu einer Volksversammlung bestellt. Jemand ein Diakon nennt den erkrankten Jettel und steht ihm - vielleicht um die Polizei zu ärgern - an die Wand eines öffentlichen Gebäudes, wo er später noch Hüter des Geistes entdeckt wird. Das Los so vieler anderer Jettel, einfach runtergerissen zu werden, hat der Gläubige nicht, vielmehr wird er vorgeladung losgelassen und nach dem Ammanen gebracht. Nachdem man einwandfrei festgestellt, daß hier eine schwere Gesetzesübertretung vorzuliegen ist, wird Anzeige erstattet und ein Verhör gegen „Unbekannt“ eröffnet. Das Amtsgericht gibt die Sache an die Polizei zur Ermittlung zurück. Es folgen bittere Vernehmungen, bei denen aber nichts herauskommt. Das Aktenstück wird immer flüchtiger und wandert nach Weiden, denn es ist sehr leicht möglich, daß der sozialdemokratische Parteifunktionär etwas davon weiß. Nachdem der Sachverhalt diesem dargelegt, erklärt dieser: „Ich weiß von gar nichts. Der Mann, der die

Jettel in meinem Kuffrage erhebt, besteht nur gegen polizeiliche Genehmigung. Das Anheften ist meinen Jettelvertretern ein für allemal verboten, wir tun so etwas nicht; das ist einzig und allein die Arbeit von Hühnerhunden.“ Nun geht das immer wieder der Öffentlichkeit wieder zurück nach der schönen Gemälde Fabrice, und wer weiß, was für sonderbare Wanderungen dieser Handjettel noch machen muß, wie die das Aktenstück noch werden wird, bis endlich nach vieler Arbeit und Kosten das Verfahren eingestellt werden muß.

Vielleicht wird diesem Handjettel auch noch die Ehre zuteil, daß er in Gerichtsakten eine Rolle spielt, und dem Staate die Kosten eines Prozesses aufbürdet, um dann erst zur Ruhe zu kommen. In jedem Falle hat er eine außerordentliche Aufmerksamkeit erfahren, die vielen Hunderten täglich ohne polizeiliche Genehmigung in Oberschlesien angeheften Jetteln nicht zuteil wird. Aber dafür ist dieser Jettel auch ein sogenannter „sozialdemokratischer“ und das erklärt wohl manches.

Wenthen O.-S., 18. März. Die Reichstagswahl in der Schule. Ein reichlicher sozialdemokratischer Reichstagswahlkampf hat sich vorige Woche in Oberschlesien abgelehrt, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon merkte. Allerdings wurde diese Reichstagswahl nicht von der alten sondern von der jungen Garde geführt und das kam so:

In der ersten Klasse einer städtischen Volksschule, der Ort ist nicht zur Sache, - kam der Lehrer in der Geschichtsstunde auf die Einrichtung des Reiches zu sprechen. Nachdem er die gesetzlichen Körperschaften erläutert, besprach er die einzelnen politischen Parteien, darunter auch die Sozialdemokratie. Nachdem dies geschehen, erläuterte er den Vorgang bei einer Reichstagswahl und wollte dies gleich praktisch demonstrieren. Da aber die Unterrichtsstunde bald zu Ende war, so wurde die Wahl bis zum anderen Tage verschoben. In der nächsten Geschichtsstunde rekapituliert der Lehrer noch einmal kurz und dann wurde zur Wahl geschritten, nachdem alle Formalitäten erledigt waren. Das Resultat war aber ein ganz unerwartetes, es erhielten: Konservativer 1, Nationalliberaler 4, Fortschrittler 6, Sozialdemokraten 16, Zentrum 17 Stimmen und 3 Stimmen waren unglücklich. Nun erklärte der Lehrer, daß die Wahl nicht beendet, daß eine Stichwahl notwendig sei, weil keiner der Kandidaten die Majorität erhalten habe. Die erneute Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Zentrum 16, Sozialdemokraten 31 Stimmen. Alles sah sich verdutzt an und der Lehrer soll eine sehr ernste Miene gemacht haben.

Offenlich haben nicht nur die Jungen, sondern auch die Alten was gelernt, denn dürfte die schwarze Herrlichkeit bald frachen.

Gleitwitz, 11. März. Stadterordnetenitzung. In der letzten Stadterordnetenitzung wurden 48.000 Mark zum Ausbau der Rybnitz Chaussee, die sich in einem trostlosen Zustande befindet, bewilligt. Hierauf erfolgte namentlich die Fortsetzung der Beratung des Etats und der Gemeindesteuerveranschlagung für das Jahr 1911. Aus der Magistratsvorlage ging hervor, daß 2.026.033 Mark durch Steuerzuschläge aufzubringen sind. Daher könne man mit den bisherigen Steuerzuschlägen nicht auskommen und sollen diese auf der ganzen Linie um 10 Prozent erhöht werden. Der Magistrat beantragt 255 Prozent der Staatssteuereinkünfte, 289 Prozent der Grundsteuer, 475 Prozent der Gewerbesteuer und 250 Prozent der Betriebssteuer als Zuschläge zu erheben. Nun setzte eine große Debatte ein, in der sehr viel über die schlechten Zeiten der Gewerbetreibenden und Gastwirte geredet wurde. Der Oberbürgermeister sagte noch über die schlechten Verhältnisse der Industrie, aber niemand, weder ein Stadterordneter, noch ein Vertreter des Magistrats, dachte an die durchaus trostlosen Verhältnisse der Arbeiter. Nach langer Debatte wurde die Magistratsvorlage angenommen. - Gleichfalls angenommen wurde ein Vertrag, der mindestens 60.000 Mark Kosten dürfte für neue Verneimungen des Stadtfestplatzes durch das Rathaus. Der genaue Kostenpunkt soll vom Finanzministerium festgestellt werden. Für die Sanctionierung der Gasanstalt und des städtischen Grundstückes werden 8.200 Mark gefordert. Da diese Summe allgemein als zu hoch angesehen wird, wird die Vorlage an die Kommission zurückverwiesen. Das Projekt über die Bohr- und Pumpenwerke in Schallhöhe und Laband, für das 70.000 Mark bewilligt sind, ist um 3780 Mark überschritten. Die Vorlage betreffs Neubau des Rathauses wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. In einer geheimen Sitzung wurde über fortlaufende Unterstützungen und Pensionen von städtischen Beamten beraten.

Gleitwitz, 18. März. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal Bahnhofsstraße Nr. 6: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung und Vortrag des Genossen H. Venzling-Weiden O.S.

Ratibor, 13. März. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal Jungfernstube Nr. 3: Mitgliederversammlung.

Ratibor, 13. März. Revolverattentat. Ein Revolveranschlag wurde in der Nähe der Planawerke Ratibor gerade in dem Augenblicke abgelehrt; als der Nachtwache Revolverkammer seinen Gang durch das Werk antrat. Erst kürzlich ist auf den Direktor der Planawerke ein Attentat verübt worden.

Abnigshütte, 13. März. Gewerkschaftsfortell. Am Donnerstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Ringstraße Nr. 3: Ratifizierung. Vortrag des Genossen A. Dersch-Ratibor. Erfinden der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände notwendig.

Wobgitz, 13. März. Hünberischer Heberfall. Gestern wurde ein Mann auf dem Wege nach Gieschwalde von einem Unbekannten überfallen und durch einen Messerstoich in den Hals schwer verwundet. Obgleich er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nahm, ist die Halschlagader nicht verletzt worden.

224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag, 11. März 1911. Nachmittags.

Die Gewinne fallen auf die bezüglichen Lose beider Ziehungen.

(Der die Gewinne über 100 Mk. sind in Klammern beigefügt.) (Der Gewinn 1. St. A. L. S. in Klammern beigefügt.)

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd class of the Prussian Class Lottery. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag, 11. März 1911. Nachmittags.

Die Gewinne fallen auf die bezüglichen Lose beider Ziehungen.

(Der die Gewinne über 100 Mk. sind in Klammern beigefügt.) (Der Gewinn 1. St. A. L. S. in Klammern beigefügt.)

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd class of the Prussian Class Lottery. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag, 11. März 1911. Nachmittags.

Die Gewinne fallen auf die bezüglichen Lose beider Ziehungen.

(Der die Gewinne über 100 Mk. sind in Klammern beigefügt.) (Der Gewinn 1. St. A. L. S. in Klammern beigefügt.)

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd class of the Prussian Class Lottery. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

224. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

2. Klasse. 2. Ziehungstag, 11. März 1911. Nachmittags.

Die Gewinne fallen auf die bezüglichen Lose beider Ziehungen.

(Der die Gewinne über 100 Mk. sind in Klammern beigefügt.) (Der Gewinn 1. St. A. L. S. in Klammern beigefügt.)

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd class of the Prussian Class Lottery. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

Die Gärung im Ostrauer Kohlenrevier.

Eine Deputation der Bergarbeiter bei der Regierung.

Eine Deputation der Ostrauer Bergarbeiter, bestehend aus den Vertretern der Arbeitergruppe der Bergbau-Gesellschaft, Berger, Kantor und Zavadsky, und dem Vertreter der Union der Bergarbeiter Oesterreichs, Brda, erschien unter der Führung der Abgeordneten Adler, Singer, Tassanost, Kunicki, Pospisil, Profesch, Seliger und Tomoschek bei dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Wienert. In der Besprechung nahmen auch der Minister des Innern Graf Widenburg, Arbeitsminister Marek, Sektionschef Komau vom Arbeitsministerium und Josef Szwoda vom Ministerium des Innern teil.

Der Sekretär der Union der Bergarbeiter, Brda, setzte zunächst den Zweck der Deputation auseinander. Er schilderte die Verhältnisse im Ostrauer Revier, die sich in den letzten Jahren sehr erheblich verschlechtert haben. Seit dem Jahre 1909, mit dem Ablauf der letzten Uebereinkommen, seien die Löhne infolge der Verabredung worden, und zwar in der Weise, daß auf diesen Schritten der Prozentfuß der Schichtarbeit unter 100 und unter 100 gemacht ist. Er gibt dafür eine Reihe von Zahlen unter Angabe der betreffenden Schächte. Der zweite Punkt der Beschwerde ist die Behandlung der Arbeiter durch die Bergwerksbesitzer, und zwar insbesondere auch bei der Festsetzung der Gehälter, die immer mehr zu Ungunsten der Arbeiter ausfällt. Die Arbeiter leben sich der Willkür der Arbeitgeber bis hinauf zum Verkauf ihrer Schichtrechte preisgegeben. Dazu kommen aber auch noch die vielen Fälle einer rohen Behandlung der Arbeiter, einer willkürlichen Entlassung und Entlassung, die sich insbesondere bei der Lohnberechnung und dem Abzug aus geringfügiger Ursache bestraft, in entsetzlicher Weise geltend machen. Alle diese Umstände haben unter anderem auch die Wirkung gehabt, daß zahlreiche, und gerade die besten Arbeiter ausgewandert sind, und zwar nach Amerika, Brasilien und sogar nach Rumänien. Die Arbeiter sind gegen alle diese Dinge ganz schutzlos, weil sie nicht einmal die Hoffnung haben, vor Gericht etwas durchzusetzen. Dem jede Klageannahme der Gerichte hätte sofortige Entlassung zur Folge. In allen diesen Ursachen ist die Erregung im ganzen Revier, das an 10.000 Arbeiter umfaßt, eine chronische und in den letzten Jahren noch gesteigerte. Namentlich ist, daß wiederholt Verhältnisse im Revier eintreten. Dazu wäre namentlich, wenn ein Uebereinkommen in ein Uebereinkommen zu treffen. Der Versuch dazu wurde 1909 gemacht, ist aber an der Unmöglichkeit der Unternehmer gescheitert. Die Arbeiter gehen nun ihre Hoffnung darauf, daß die Regierung namentlich auf solchen Unterhandlungen ihre Hilfe bieten werde, und sind in der Hoffnung, auf einem oder dem anderen Wege Verhandlungen einzuleiten und die Unternehmer zu veranlassen, doch irgendwie diese Verhältnisse zu schaffen.

Der Ministerpräsident Freiherr v. Wienert geht nun auf die Einzelheiten der Beschwerde ein und läßt sich vom Sektionschef Komau noch weitere Auskünfte geben.

Herr Dr. Adler macht darauf aufmerksam, daß bei jeder größeren Lohnbewegung sich ein Moment finde, wo die Regierung eingreifen genötigt ist. Es wäre doch angebracht, wenn das einmal geschehe, bevor Zustände eintreten, die eine solche Intervention geradezu erzwängen. In diesem Falle läge es darauf an, daß die Regierung sich erkläre, die Vermittlung einzusetzen und dadurch weitergehende Konflikte zu vermeiden. Einer der Beschwerdepunkte der Arbeiter, der mit den Lohnberechnungsfragen zusammenhängt, ist gegenwärtig Gegenstand der Beratungen im sozialpolitischen Ausschusse, die bald abgeschlossen sein werden, und es wird dann Sache der Regierung sein, das Haus dahin zu unterstützen, daß die Angelegenheit sich parlamentarisch so bald als möglich erledigt werde.

Ministerpräsident v. Wienert erklärt, er nehme die Forderung, die ihm gegeben wurde, zur Kenntnis, und es werde von der Regierung durch die Montansekktion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten der Versuch gemacht werden, Verhandlungen herbeizuführen. Selbstverständlich sei die Regierung nicht in der Lage, heute schon anzugeben, in welcher

Form und auf welchem Wege sich solche Verhandlungen herbeiführen lassen werden. Auch ist sie nicht in der Lage, den Erfolg im Voraus irgendwie zu verbürgen, jedoch werde der Versuch so rasch als möglich unternommen werden.

Der Sekretär der Bergarbeiter-Union, Brda, erklärt, daß er ein ganz beträchtliches Material zur Verfügung habe und bereit sei, es der Montansekktion resp. dem Herrn Sektionschef Komau zu übermitteln, sowie auch im Einzelnen weitere Auskünfte zu geben. Er hoffe nur, daß dieser so notwendige Versuch der Regierung, auf den die Arbeiter mit der größten Spannung sehen, mit allem Eifer unternommen werden wird.

Darauf erklärt der Ministerpräsident, wenn er auch selbstverständlich wiederholen müsse, daß er sich für den Erfolg nicht verbürgen könne, so sei es doch ebenso selbstverständlich, daß, wenn ein Versuch unternommen wird, er mit allem Eifer unternommen werden wird.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. März.

Geschichtskalender.

14. März.

1838 Karl Marx in London.

Polierernährung, Volkseinkommen und Volksbeimengung.

Ueber dieses weitverbreitete Thema sprach am gestrigen Sonntag Mittag Genosse Emanuel Wurm vor etwa 800 Breslauer Arbeitern, die seinem gründlichen und lehrreichen Vortrage mit größter Aufmerksamkeit folgten. Wir kommen morgen ausführlich auf den Inhalt der Wurm'schen Rede zurück. Der Redner wies darauf hin, was alles zum Gedeihen eines gesunden Menschen gehört: frische Luft, genügender Luftraum zur Atmung in Wohnstätten, Fabrikräumen und Schlafräumen, und befruchtete Nahrungsmittel vegetarischer und animalischer Ursprungs. Nachdem er haarscharf und an der Hand amtlich beglaubigter wissenschaftlicher Untersuchungen und Lehrsätze das Bedürfnis des Menschen nach Nahrung festgelegt hatte, brachte er im Gegensatz dazu die wirkliche Lebensweise der deutschen Arbeiter zur Sprache. Die Stunden der Erholung und die Essenspausen werden ihm durch lange Arbeitszeit verkümmert, die Luft wird in vergifteten und verstaubten Fabrikräumen verdorben oder muß gerade von den Herrenten in Gestalt hoher Wohnmieten teuer bezahlt werden. Die Menge und Zusammensetzung der festen Nahrungsmittel aber erlaubt dem größten Teil der deutschen Proletariat nur eine dauernde Unterernährung. Ein Dahinschleichen der Lebenskraft wie das trübe Licht einer Lampe mit heruntergeschraubtem Docht. Nicht einmal die tägliche Nahrungsportion des Gefangenen, geschweige denn eines Soldaten erreicht der freie deutsche Arbeiter, und die Hauptursache an diesem Zustande trägt unsere Zoll- und Steuergesetzgebung, die die notwendigen Nahrungsmittel verteuert. Mit einer Besprechung dieser indirekten Steuerlasten schloß Genosse Wurm seinen Vortrag, der mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde.

Genosse Müller, der Vorsitzende der Versammlung, wies noch auf die Märzfeier am Sonnabend und den ersten sozialdemokratischen Frauentag am Sonntag, den 19. März hin und bedauerte, daß eine große Anzahl Schutzleute mehrere Stunden vergeblich auf Straßendemonstrationen gewartet hatte.

Auch für Breslau gültig.

Ueber den Ausfall der Wahl in Gießen und die Rolle, welche die Nationalliberalen in diesem Kreise gespielt haben, bringt das „Berliner Tageblatt“ einige Betrachtungen, die teilweise auch für den zukünftigen Wahlkampf in Breslau-Ost zutreffen. Es heißt da:

Wir haben wiederholt auf das ziemlich skandalöse Verhalten der Gießener Nationalliberalen hingewiesen, die dem Kommando des Freiherrn v. Gohl gehorchend, jede Einigung mit der fortschrittlichen Volkspartei ablehnten und demüthig um die Unterstützung der Agrarier gebittelt haben. Infolgedessen hatte die fortschrittliche Volkspartei einen eigenen Kandidaten aufgestellt, und zwar den vortragenden Redner ist... Was haben die Nationalliberalen mit ihrer Umarmung der Agrarier erreicht? Nichts als eine verächtliche Niederlage, als einen schmachvollen, totalen Zusammenbruch, der den Gohl geradezu herausfordert! Alle wirklich liberal empfindenden Wähler haben sich von diesem heftigen Nationalliberalismus abgewandt, der in diesem Augenblick, in der heutigen politischen Situation, um die Gunst des Bundes der Landwirte und der Konserverativen buhlt, und sind nach links abmarschirt, in das Lager der fortschrittlichen Volkspartei und des vortragenden Redners. Von den 748 nationalliberalen Stimmen, die man 1907 dort gezählt, blieben dem Herrn Professor Müller nur 250 — ein protestatörischer Rest! Die heftigen Nationalliberalen haben eine liberale Einigungsabstimmung verweigert und gehen mit einer ungeheuren Majorität aus diesem Wahlkampf hervor. Sie empfangen den Lohn, den sie verdienen.

Im Breslauer nationalliberalen Verein wurde „allseitig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wenigstens in der Stichwahl die Anhänger der bürgerlichen Parteien zusammenstehen werden.“ Also auch hier schießt man jetzt schon nach den Stimmen der Konserverativen und des Zentrums. Öffentlich mit demselben Ausgang als in Gießen.

* Einzelaqitation für die Reichstagswahlen.

Es empfiehlt sich, Beilagen unserer Zeitung mit wichtigen Reichstagsreden, zum Beispiel die heutige mit der Reichstagsrede des Genossen Fischer, von Hand zu Hand zu geben und besonders den Geanern unserer Weltanschauung sowie Schwankenden in Fabriken, auf Bauplätzen u. dgl. einzuhändigen.

* Christliche und gelbe Organisationsarbeit.

Aus dem Kreise der Fabrikarbeiter wird uns geschrieben: In Eilenburg stehen beinahe 600 Zelluloidarbeiter im Kampf um das Koalitionsrecht. Man wollte die Arbeiter zwingen, den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren und dem gelben Werkverein beizutreten.

Um der Arbeitervorkämpferin herbeizutreten, hat die christlichen Gewerkschaften. Doch der christliche Gewerkschaftsführer N. Winter aus Berlin eilt schnell herbei, um auch seine Hilfe den Unternehmern anzubieten. Er trat mit der Direktion in Verbindung, nachdem er zuvor in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung folgende Resolution annehmen ließ:

Die in der christlich-nationalen Gewerkschaft organisierte Arbeiterschaft Eilenburgs beauftragt den Gewerkschaftsführer Winter, mit den hiesigen Fabrikanten in Verbindung zu treten, um die Entgegennahme einer bindigen Erklärung, ob auch sie, die längst vor der Gründung des „Nationalen Unternehmervereins“ im Gegenstande der Sozialdemokratie die christlich-nationalen Grundsätze energisch vertreten hat, in den „Nationalen Unternehmerverein“ überzutreten müssen. Je nachdem die Antwort ausfällt, müsse sie in dem künftigen Kampf Stellung nehmen.

Der Erfolg dieser christlichen Aktion war nachstehende schriftliche Erklärung der Direktion der Zelluloidfabrik:

Die Direktion der deutschen Zelluloidfabrik erklärt dem in Sachen der ausgebrochenen Bewegung erschienenen Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutschlands: 1. Von den in unserer Fabrik beschäftigten Arbeitern, die Mitglieder einer christlichen Gewerkschaft sind, wird Austritt aus derselben oder Eintritt in den Nationalen Unternehmerverein nicht verlangt. 2. Arbeiter, die sich als Mitglieder einer christlichen Gewerkschaft ausweisen, brauchen bei Nachfragen

Lobe-Theater.

„Glaube und Heimat“, Tragödie eines Volkes in drei Akten von Carl Schönherr.

Von all den Theaterereignissen der jüngsten Zeit war die Aufführung dieses Schauspielers das Wichtigste und alle ardeuren Bühnen haben sich bereit, das mit dem Grillparzerpreis ausgezeichnete Drama heraufzuführen um von ihrem Publikum nicht der Rückständigkeit geziehen zu werden. Allerdings ist dieses Streben manchem Bühnenleiter bereitet worden. Im katholischen Köln zum Beispiel haben die bigotten und trottelhaften Zentrumskanonen des Rathhauses es verhindert, daß dieses Werk auf der städtischen Bühne aufgeführt wurde. Und warum? „Glaube und Heimat“ schildert mit dramatischer Wucht die maßlose Unbuddelbarkeit des Katholizismus gegen die Aufklärung, schildert aus dem blutigen Gesichtskapitel der Gegenreformation Episoden, die uns die Tragödie eines ganzen Volkes zeigen, das um seines Glaubens willen noch das andere Geschick auf sich nimmt: von der eigenen Scholle ins heimathlose Elend hinausgestoßen zu werden. Die Geschichte der Gegenreformation ist überall mit Blut geschrieben; nicht nur in den österreichischen Alpenländern wo das Schönebergische Stück spielt. Und weil das überall gewesen ist, fühlen sich nicht nur die österreichischen Scheiterhaufenanwiler von heute getroffen, sondern daselbe Geschick trifft auch im Reich auf, wenn ihnen von einem Dichter der Spiegel vorgehalten werden soll.

Aber mir will scheinen, daß nicht das Weiden um des Glaubens willen das höchste Moment des Stückes ist, sondern die feste, unauflösbare Liebe zur heimathlichen Erde. Wie in diesem Dichters Schauspiel „Erbe“ alle Gestalten wurzeln in der Scholle, die sie mit ihrem Schweiß, mit ihrem Hoffen und Sehnen düngten, so auch hier. Wenn auch die Kotts, die Hauptfamilie des Stückes, nach langem Ringen um des Glaubens willen die Heimat verlassen, so sind doch jene Szenen lebendig am stärksten gezeichnet, in denen die Bauern schließlich dennoch der Qual erliegen und die Heerei abschöpfen, um in der überalles geliebten Heimat zu bleiben. Und selbst der alte Kott haucht sich sein ganzes Leben lang als guter Katholik hindurch, nur um dort zu bleiben, wo seine Bauernhöfen schon bis fünfshundert Jahr vor ihm gehaust haben. Er ist da bekümmert, wo ihm die Gewißheit wird, daß er als Leberverdächtig auf dem Schindanger beerdigt werden wird. Liebe zur Heimat, zur Scholle, jenes große Gefühl, das nur dem Landmann eigen ist, hat in Schönherr seinen Dichter gefunden. Nicht als ob er her Erste wäre. Nein, Angenruher und andere sind vor ihm ähnliche Wege gewandelt; aber wo dieselben jene mit naturwissenschaftlicher Treue Einzelheiten schilderten, da gelingt es Schönherr

den Ton weiter, tiefer klingen zu lassen. „Glaube und Heimat“ nennt er die Tragödie eines Volkes und wenn dieser Titel auch etwas zu viel verspricht, meist gelingt es dem Dichter doch, die Vorstellung zu erwecken, als handele es sich bei seinen Gestalten nicht um die Geschicke Einzelner. Aber weil er sich trotzdem mit wenigen Personen begnügt, greift er zu dem Hilfsmittel der Symbolisierung. Und wenn er auch noch soviel natürliches Kleinwort gibt, darüber schwebt das Symbol. Ganz besonders kommt das in der Gestalt des laienhaften Reiters zum Ausdruck. Dieser mit Mut und Not behaftete frommanthafte Ritterreiter, der die Weiser aus dem Lande treibt, ist das Symbol der päpstlichen Sabsburger, die mit blutigem Greuel mehr als einmal im Dienste Roms gestanden haben. Und wenn schließlich auch dieser blutige Jektor durch ein Beispiel für übermenschlicher Nächstenliebe überwunden wird, und im Stel über sich selbst das Schwert zerbricht, das so oft im Dienste der Kirche gemordet hat, so ist auch das eine symbolische That, die hindert mag auf die endliche Befreiung der Menschen von dem verächtlichsten Gader der sie zerreiht: von dem konfessionellen Haß.

Schönherr's Schauspiel hat neben seinem symbolischen Zug einen Reizum an natürlichen eckten Volksgenien und beides vereint sich zu einem neuartigen aber sofort wadenden Gesänge. Die Familie Kott in allen ihren Gliedern, von Greife bis zum Enkel, ist mit intimer Liebe der Natur abgehaust. Und das Sandbergerpaar, der Engelbauer und das junge Vogabundenpaar sind überaus charakteristische Typen; alles aber ist eingetaucht in den Erdgeruch freien bairischen Bauernthums. Und es weht auch in diesem Schönebergischen Bauerndrama wieder jene köstliche Luft der Kraft und deutscher Eigenart von der Bühne herab, die man heute leider auf der Bühne des Lebens nur noch spärlich zu spüren bekommt.

Die Erstaufführung in Breslau fand, im allgemeinen genommen, unter einem günstigen Zeichen und das ausverkaufte Haus, das anfangs merktlich kühl blieb, wurde von der Dichtung und von dem vorzüglichsten Spiel unserer Künstler von Austritt zu Austritt begehrt. Das Werk war mit großem Fleiß vorbereitet. Der eigentümlich handelnde Repräsentant der Familie Kott ist der etwa vierzigjährige Sohn Christoph. Ihn gab Herr Sioda, den wir bisher nur in jüngeren Rollen schätzen gelernt haben. Aber zu unserer angenehmen Ueberraschung haben wir den Künstler hier einen Charakter gestalten, der langsam und schwerfällig herauswachsen muß aus kumpfer Teilnahmslosigkeit. Und das glückliche Herr Sioda vortrefflich. Nirgends das gefährliche Pathos des Helden, und doch blieb dieser Bauer Herr Sioda ein Held bis zu dem erschütternden Augenblick des zusammenbrechenden Vaters mit der Liebe seines Ansehens.

Christoph's Weib gab Fräulein Sotta; auch diese Gestalt war echt und ganz besonders wirksam dort, wo das liebende Weib über die Katholikin in ihr sagte. Ein leidlich widerwärtiger Charakter war Fräulein Saut, nur war sie für einen sechzehnjährigen Mädchen zu viel Mädchen; das zu ändern, möchten wir der lebenswürdigen Künstlerin aber gar nicht anmerken, lieber mag sie sich in robusterer „Spas“ in die Lederhosen stecken. Den Sandbergerbauern spielte Herr Müller und auch er schuf eine Gestalt von tiefer Wirkung; sein Weib wurde von Fräulein Lamberg einfach und doch mit tragischem Empfinden dargestellt. Der Alt-Kott des Herrn Bonno, der Vater des Herrn Salperm und all die anderen Bauern, die von den Herren Schmith, Healer, Siegr, Alexander und Bertel dargestellt wurden, pasten sich glücklich dem Ganzen an, nur hatte es manchmal mit dem Dialekt seine Schwertigkeiten. Eine ebenfalls hervorragende temperamentvolle Leistung, die ganz den symbolischen, Ton traf, gab uns Herr Wurm mit seiner Reiterfigur; er hatte in seinem Jörn mitunter etwas von einem St. Michael, das vorzüglich in die richtige Stimmung passte. Nicht vergessen darf werden das lustige Naturmenschenpaar, der Kesselfeldwulf des Herrn Sietz und das Straßentrüppel des Fräulein Schwars, zu nennen, beide lösten ihre Aufgabe allerliebst. Für die Regie zeichnete Herr Bonno verantwortlich, dem das Publikum auch für diese Leistung ebenso wie dem ganzen Ensemble herzlich dankte.

Thalia-Theater.

Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins.

„Die Kinder“. Komödie in drei Akten von Hermann Bahr. Die gestrige Aufführung, die vor ausverkauftem Hause stattfand, bereitete unseren Freunden viel Vergnügen und hat sicher dazu beigetragen, das Interesse für den geistvollsten Gesellschaftsreiter der Gegenwart auch in unseren Kreisen zu wecken. Zur Förderung dieses Interesses kommt allerdings die Künstler ihre rechtliche Teil der. Die Komödie wurde in der alten Fassung aufgeführt und mit lebendiger Frische gespielt. Herr Müller gab auch diesmal den satirischen Überlegensten Vortrag, auf den schließlich das laienhafte Ende demnach tragisch genug einwirkte, mit unverminderter Wirksamkeit. Die beiden „Geschwister“ Herr Sied und Fr. v. Sied (Sied) spielten Kott und mit Interesse wie beim ersten Male. Das Stück gilt von Herrn Sied als ein „a's Davorlein, der uns diesmal mit ganz besonderem Eifer den Unterschied zwischen seiner „Genossen“-aufführung und der etwas überhöflichen Auffassung der höheren

5000 Mark

Haben am Sonntag die organisierten Buchdrucker für den Baufonds des Gewerkschaftshauses bewilligt; die Arbeiter zeichnen 100 Mk., die freien Gast- und Schankwirte 50 Mk. Damit ist der Baufonds auf mehr als 82 000 Mk. gefüllt und es fehlen nur noch 18 000 Mk., um das erste Hunderttausend voll zu machen.

Die Akkordarbeit bei den Tischlern. Am 2. März arbeiteten die Tischler bei Kimmel die Arbeit nieder. Den Lohn bei den Akkordarbeitern. Diese sollten erst die übernommenen Akkordarbeiten fertigstellen. Der Geselle Heins fragte gegen die Firma wegen eines Lohnverlustes für 4 Arbeitstage. Er hatte einen Akkord zu dem vereinbarten Preise von 80 Mk. übernommen, worauf er bis jetzt 40 Mk. erhalten hat. Er behauptete, daß die geleistete Arbeit mehr als 40 Mk. wert sei und forderte 15,00 Mk. Der Vertreter der Firma beantragte die Abweisung der Klage. Er stützte sich darauf, daß Akkordarbeiten unbedingt ausgeführt werden müssen, wenn Kläger seiner Verpflichtung nachkommt, habe er den schuldigen Lohn zu bekommen. Der Kläger erklärte, daß Klage er nicht, denn er wolle kein Streikbrecher sein. Uebrigens habe die Sache mit dem Streik nichts zu tun, denn er sei an dem Tage krank geworden. Der Vorsitzende fragte ihn: „ob er sich an dem Streik beteiligt haben würde, wenn er nicht krank gewesen wäre?“ (Gewiss, erwiderte darauf der Kläger, „ich hätte mitgestreikt.“ Der Vertreter wollte darauf wissen, ob er sich krank gemeldet und ob er beim Streik gewesen sei. „Beim Arzt bin ich allerdings nicht gewesen“, antwortete Heins, „weil ich doch kein Krankengeld mehr erhalten könnte, ich habe ein chronisches Leiden und bin von der Kasse bereits ausgeschlossen.“ Der Vorsitzende schlug einen Vergleich vor, auf den der Vertreter nicht eingehen wollte. Es liege kein Beweis vor, daß der Kläger krank gewesen ist; er sei also als Streikbrecher zu betrachten. Da er die Arbeit unvollendet gelassen, habe er den Vorbehalt nicht zu beanspruchen. Das Gewerbegericht stand aber auf einem anderen Standpunkt. Soweit als die Arbeit geblieben, müsse der Lohn gezahlt werden. Die Firma wurde verurteilt, die Klägerische Forderung anzuerkennen. Der Streikfall ist von großer Wichtigkeit.

Geschlechtsleben und Geschlechtskrankheiten. Von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält Dienstag, den 14. März, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses Herr Dr. P. Hahn einen Vortrag für Frauen und Mädchen über Geschlechtsleben und Geschlechtskrankheiten. Freitag, den 17. März wird Herr Dr. P. Perl im Gewerkschaftshaus einen Vortrag für Männer über dasselbe Thema halten.

In dem Bericht über die Sozialarbeiter-Versammlung in der Sonntagsnummer der „Vollstreckung“ muß es heißen: Der Hauptvorstand hat die Erlaubnis zum Streik nicht erteilt und verweigert (nicht verrinnert) auch die Unterstützungsgelder.

Aktion, Elektro-Monteur! Sonntag, den 19. März Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal zum „Rollen Wägen“, Kupferstraße 21, Praxen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Brancheneinigung über ihre Tätigkeit im Jahre 1910. 2. Kassenbericht über das letzte Vergnügen. 3. Verschiedenes.

Achtung, Dachdecker! Dienstag, den 14. März, Abends 7 Uhr, Versammlung der Dachdecker. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig, da es sich noch um wichtige Punkte des Tarifes handelt.

Straßenverengung. Wegen Schuttarbeiten wird die Wagstraße zwischen Meinel- und Kärntnerstraße vom 10. d. M. ab auf sechs Wochen gesperrt. Während dieser Zeit geht der Fußverkehr über die Menzel-, Kaiser Wilhelm- und Kärntnerstraße und umgekehrt.

Zwei Arbeiterkinder erstickt! Am Sonntag-Nachmittag gegen 3 Uhr wurde die Feuerwehr wegen eines Stubenbrandes nach Vestafeststraße 16 gerufen. Als sie hier ankam, fand sie den Brand bereits gelöscht und zwei Kinder im Alter von elf Monaten und drei Jahren, die aus der Stube durch Nachbarsleute herausgeschafft waren, waren bewusstlos. Feuerwehrmännchen bemühten sich nun eine ganze Stunde lang mit dem Sauerstoffapparat, die verunglückten Kinder ins Leben zu rufen, es war aber vergebens; auch zwei herbeigerufenen Ärzte konnten nur den Tod der beiden Kinder feststellen. Der Vater der Kinder ist der Tapezierer G. Scholau, der auswärts arbeitet; seine Ehefrau war während der Zeit des Unglücks auf Bedienung. Sie hatte dabei die Kinder in der Stube eingeschlossen, die bei m Spielen mit Streichhölzchen den Brand verursacht. Es brannte bald die Bettdecke, der Strohsack und mehrere Kleidungsstücke. Der Qualm, der sich dabei entwickelte, war so stark, daß die beiden Kinder daran erstickt sind.

Töblicher Straßenscharmützel. Am Sonntagabend Mittag gegen 2 Uhr gerieten ein dreijähriger Knabe und eine etwas ältere Tochter des Kopfplatz 28 wohnhaften Gefangenenaufsichters Kramer am Kopfplatz unter einem Straßenscharmützel der Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft und, während das Mädchen durch schnelles Bremsen des Wagenführers heil davontam, wurde der Knabe auf der Stiege getötet.

Ein blutiges Eifersüchters-Drama spielte sich am Sonntag früh vor dem „Universitäts-Kaffee“, Ecke Schmeidebrücke-Ulmerstraße ab. In dem Cafe hatte, wie berichtet wird, der Gasenarbeiter Gustav Dögg um die Gunst der Kellnerin Joha Döring vergebens geworben, da sie ihren Liebhaber, einen Fleischergesellen, von auswärtig, neben sich hatte. Als dieses Paar um die angegebene Zeit aus dem Cafe ging, folgte ihm Dögg und feuerte aus einem Revolver, den er bei sich trug, mehrere Schüsse auf das Paar ab. Zwei davon trafen den Fleischergesellen, dem nur die Kleider durchlöcherter wurden, ein weiterer Schuß trat aber die Döring so schwer, daß sie zusammenbrach und nach dem Allerheiligenhospital überführt werden mußte. Der Angezeigte Dögg wurde festgenommen; er ist verheiratet und 30 Jahre alt. Die Döring ist im Genuß getrocknet worden, wo die Kugel stecken geblieben ist; am Montag wurde zur Entfernung der Kugel eine Operation vorgenommen.

Schwerer Zusammenstoß. Am Sonntagabend Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr stieß an der Komede ein leeres Wagen der Breslauer Paletfabrikgesellschaft mit einem Straßenscharmützel der Breslauer Straßen-Eisenbahngesellschaft zusammen, wobei der Führer des Motorwagens eine so schwere Magenquetschung erlitt, daß er in das Allerheiligenhospital überführt werden mußte. Der Motorwagen wurde in seinem vorderen Teile so arg beschädigt, daß er außer Betrieb genommen werden mußte. Ein Pferd des Paletfabrikwagens stürzte und wurde eine weite Strecke geschleift.

Neuer Steinbruch. Auf dem Grundstück Wasserstraße ist bei den dort angestellten Ausbesserungsarbeiten ein zweites menschliches Skelett gefunden worden, das ebenso, wie das zuerst gefundene, schon recht lange in der Erde gelegen haben muß.

Der Schlafknecht. Der, wie häufig gemeldet wurde, in den verschiedenen Ecken der Stadt herum, sehr früh Schlafknecht fort und hat bisher nicht ermittelt werden können. Es sei daher nochmals vor dem Publikum, der etwa 18-20 Jahre alt ist, genannt.

Einbruch. In der Nacht zum Sonntag ist ein Einbruch in das Herrenhaus des Hofbesitzer von Max Schall, Goldene Kade 7, ausgeführt worden. Die Diebe fanden an barem Gelde nur 5,17 Mark.

worben, nachdem vorher die Leitungsbüchse durchschnitten worden sind. Taschenbroschüre. Am 8. d. Mts. ist einem Handlungsgehilfen aus Orlau auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein Portemonnaie mit Inhalt entwendet worden. Verloren gegangen ist am Donnerstag eine Brieftasche mit zwei Drucktypen; sie enthält ein Mitteilungsblatt, Quittungen lauten über zusammen 74,40 Mk., eine Bezeichnung über 1000 Mk. eingezahltes Geld und einen Brief. Der Finder wird ersucht, die Brieftasche mit Inhalt Matthesstraße 104, 3. Etage, bei P. Mühlste abzugeben. Gefunden wurden eine mit Steinen besetzte Vorleschadel, 2 Portemonnaies mit Inhalt, zwei Goldstücke, eine Damenhandtasche mit Inhalt und ein seidenes Schuhtuch.

Neueste Nachrichten.

Familiendramme.

Berlin, 13. März. Eine Familiendramme, wie sie in ihren Einzelheiten nicht fürchterlicher und erschütternder gedacht werden kann, hat sich in der Nacht zum Sonntag im Südosten Berlins im Hause Waldemarstraße 17 abgepielt. Dort verpflegte die dreißigjährige Kaufhausfrau Mathilde Runge ihre drei Kinder im Alter von 8, 4 und 3 Jahren mit Hyankaffee. Während die beiden jüngsten ihrer Kleinen, zwei Knaben, den mit der Giftlösung vermischten Kaffee abnungslos tranken und hierauf auf der Stelle starben, brachte die Mutter ihrem dritten Kinde den tödlichen Trank mit unglücklicher Kaltblütigkeit gewaltsam bei. Von ihrem ursprünglichen Entschluß, ihren Kindern in den Tod zu folgen, nahm die Frau nach der schändlichen Tat Abstand und stellte sich selbst der Polizei. Als Motiv für den furchtbaren dreifachen Mord gab die Frau Runge bei ihrer Vernehmung ihr durchaus unglückliches Familienleben und Furcht vor den Gewalttätigkeiten ihres Mannes an. Bei der Furchtsamkeit der Tat muß man annehmen, daß die Frau, trotzdem sie alles in größter Ruhe erzählte, in geistiger Umnachtung gehandelt hat.

Ungeheuer!

Sollingen, 13. März. Bei der Firma Weverberg, Kirchbäum u. Co. hatte in der letzten Woche wegen der Maßregelungen eines Arbeiters ein Teil der Fabrikarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Firma beantwortete dieses Vorgehen mit der Entlassung von weiteren hundertfünfzig Fabrikarbeitern, die sämtlich dem Inbetriebsetzungsverbande angehören. Darauf legten sämtliche Fabrikarbeiter die Arbeit nieder. Nunmehr erklärte die Firma, daß sie am Dienstag sämtliche Arbeiter ihres gesamten Betriebes die Entlassung geben werde, soweit sie noch Mitglieder des Inbetriebsetzerverbandes sind, falls die Leute nicht bis dahin ihren Austritt aus diesem Verbande bei der Firma angezeigt hätten.

Erdbeben.

Darmstadt, 13. März. Auf der Erdbebenkarte Jugenheim an der Bergstraße wurden gestern Abend 9 1/2 und 10 Uhr Erdbeben längerer Stärke verzeichnet, deren Herde in Europa zu suchen sind.

Gescheitert.

Angbolen, 13. März. In der Elbmündung scheiterte das deutsche Segelschiff „Wohlfahrt“, das von Bremen nach Hamburg unterwegs war. Die Beschädigungen des Schiffes sind derart, daß es als verloren gilt. Die Besatzung des untergegangenen Schiffes konnte sich glücklich sämtlich nach Kurland retten. Wie bisher verlautet, ist kein Menschenleben zu beklagen.

Blutige Studentenkrawalle.

Braunau, 13. März. In Rittich kam es gestern zu blutigen Studentenkrawallen. Der katholische Studentenbund feierte gestern in Rittich das Fest seines 25-jährigen Bestehens. Zur Feier waren auch die Kommunisten von der Universität Wien nach Rittich gekommen. Der Ausschlag nahm persönlich in der Kirche die Fahnenweihe vor. Diese Demonstration reiste die antikerikalen Studenten so auf, daß sie vor der Kirche auf die Rückgänger warteten, diese mit lautem Spott empfangen, sie anpöbelten und sogar tödlich angriffen. Es kam nun zu einer regelmäßigen heftigen Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten mehrere Verwundete gab. Der Kampf hörte erst auf, als berittene Gendarmen die Studenten mit ihren Säbeln auseinandertrieben. Einige der besonders eifrigen Schläger wurden von der Polizei verhaftet.

Vom Besuch.

Portici, 12. März. Heute Nachmittag erfolgte am Krater des Vesuvius ein großer Einsturz. Das Gestein stürzte in einer Länge von 300 Metern 80 Meter tief ab. Das Ereignis war von einer Erderschütterung begleitet und rief ein donnerähnliches Getöse hervor. Der obere Bahnhof der Drahtseilbahn und das Führerhaus wurden beschädigt. Die Bahn mußte ihren Betrieb einstellen. Im Augenblick des Einsturzes war eine Gesellschaft von 20 Fremden mit Führern im Begriff, den Krater zu ersteigen. Obwohl sich der Erdrutsch unmittelbar vor ihnen vollzog, kamen sie mit dem bloßen Schrecken davon. Dem großen Sturz folgte noch eine Anzahl kleinerer Gesteinseinstürze. Eine gewaltige Aschensäule erhebt sich über dem Vulkan. Infolge des Ereignisses erscheint der Krater niedriger. Der Besuch macht den Eindruck, als wäre ihm das Haupt abgehauen worden.

Die Mobilmachung in Amerika.

Washington, 11. März. (W. L. B.) Das Kanonenboot „Princeton“ wurde nach der Golfküste, das Kanonenboot „Yorktown“ nach der pazifischen Küste von Mexiko beordert, sodann nacheinander vier Kanonenboote dorthin beordert sind. Dem Benehmen nach beruht das Kriegsdepartement die Entsendung weiterer Truppen vor, falls es notwendig sein sollte, die Grenze zu überschreiten. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, auch gegen die mexikanischen Fantasi in Los Angeles und an sonstigen Orten Amerikas sowie gegen die finanziellen Hintermänner der Revolution vorzugehen. Der mexikanische Volkshater wiederholte seine Erklärung, daß Mexiko stark genug sei, das Eigentum der Ausländer zu belästigen.

Mexiko, 11. März. (W. L. B.) Die Regierung beschloß, die konstitutionellen Garantien zu suspendieren. Dies bedeutet eine milde Form des Kriegesrechtes. Personen, die der Herstellung von Eisenbahnen, elektrischen Anlagen und Telegraphen, sowie der Bildung von Plantagen beschuldigt werden, sollen hinfert summarisch abgeurteilt werden.

San Remo, 13. März. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr wandten sich an den Portier des deutschen Kaiser Friedrich-Krankenhanes in San Remo fünf Männer und verlangten in deutscher Sprache von ihm ein Zimmer. Der Hauswart demgegenüber ihnen dieses und wies sie an den deutschen Konsul. Darauf verließen die Abgewiesenen in das Krankenhaus gewaltsam einzudringen und sangen, als sie zurückgedrängt wurden, ein heiliges Ständchen. Gegen die Fenster des Gebäudes, von denen eine große Anzahl zertrümmert wurde. Mehrere Kranke wurden in ihren Betten von den hereinwühlenden Steinen verletzt, einige schwer. Das Personal des Krankenhauses trat schließlich den Kampf, von denen zwei verletzt wurden, mit Gewalt entgegen und hielt sie so lang, bis sie von der Gendarmerie verhaftet werden konnten. Die Verhafteten nannten sich Franz Hoffmann aus Danks, Emil Kammer aus Wien, Paul Wallach aus Niederösterreich, Lorenz Sommer aus Steiermark und Hans von der Holz aus Preussisch. Ob die angegebenen Namen und die Nationalitäten der Exzentriker richtig sind, steht noch nicht fest.

Wandenburg, 13. März. Bei einem gestern Nachmittag unternommenen Spaziergange in die Umgebung Wandenburgs schaute das Pferd des als tüchtigen Reiters bekannten Oberleutnants v. Schöner nach und sprang gegen einen Laternenpfahl. Der Offizier wurde in weitem Bogen vom Pferde herabgeschleudert und erlitt dabei sehr schwere Verletzungen, an denen er kurz nach seiner Einlieferung in das Lazarett verstarb.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with columns: Pegel in Höhe, Pegel in Uhr, Pegel in Meter, Pegel in Zentimeter, Pegel in Millimeter, Pegel in Mikrometer, Pegel in Nanometer, Pegel in Picometer, Pegel in Femtometer, Pegel in Attometer, Pegel in Zeptometer, Pegel in Yoctometer, Pegel in Xentometer, Pegel in Hektometer, Pegel in Dekameter, Pegel in Meter, Pegel in Kilometer, Pegel in Megameter, Pegel in Gigameter, Pegel in Terameter, Pegel in Petameter, Pegel in Exrameter, Pegel in Zettameter, Pegel in Yottameter, Pegel in Sottameter, Pegel in Rexameter, Pegel in Qexameter, Pegel in Quectometer, Pegel in Röntometer, Pegel in Yoctometer, Pegel in Xentometer, Pegel in Hektometer, Pegel in Dekameter, Pegel in Meter, Pegel in Kilometer, Pegel in Megameter, Pegel in Gigameter, Pegel in Terameter, Pegel in Petameter, Pegel in Exrameter, Pegel in Zettameter, Pegel in Yottameter.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 13. März: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 14. März: Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Abends 7 1/2 Uhr: Vortrag für Frauen und Mädchen im Saale. Dachdecker. Abends 8 Uhr: Versammlung im Billardzimmer. Krankenkasse der Mater. Zimmer 1. Mittwoch, den 15. März: Transportarbeiter. Versammlung im großen Saale. Schmeideverband. Versammlung. Billardzimmer. Arbeiter-Radfahrer-Verein. Versammlung. Zimmer 1. Ortskrankenkasse der Schuhmacher. Versammlung Zimmer 2. Handlungsgehilfen. Versammlung. Zimmer 3. Donnerstag, den 16. März: Brauerei- u. Mühlenarbeiter. Versammlung im großen Saale. Französischer Unterricht. Billardzimmer. Bäcker. Nachmittags 3 Uhr: Versammlung. Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Sozialdemokratischer Verein Breslau. Der Jahlabend ist heute Montag, den 13. März, Abends 8 Uhr in folgenden Lokalen: Distrikt 1 (Gabel) Kronprinzenstr. 44, Ref. Gen. Wittle. 2 (Sauerbrunn) Auguststr. 33, Ref. Gen. Herrmann. 3 (Gräblich, Dorf. Hbl.) Gräblich Str. 74, Ref. Gen. Richter. 3a (" " ") nördl. Küstenstr. 13, Ref. Gen. Neufurth. 3b (" " ") Siebenh. Str. 19, Ref. Gen. Bach. 4 (Kilowator) Bergstraße 15, Ref. Gen. Winger. 5 (" " ") Mühlstr. 99/98, Ref. Gen. Pöbe. 6 (" " ") Frankfurter Straße 21, Ecke Glogauerstraße, Ref. Gen. Schlegel. 6 (" " ") Leitheustra. 12/14, Ref. Gen. Heymann. 7 (" " ") Sühnenstraße 28, Ref. Gen. Bartisch. 7 (" " ") Westendstraße 26, Ref. Gen. Peurich. 7 (" " ") Westendstraße 58, Ref. Gen. Böcker. 7 (" " ") Westendstraße 52, Ref. Gen. Wölff. 7 (" " ") Postenstraße 61, Ref. Gen. Burgund. 8 (Obertor) Mehlstraße 5/54, Ref. Gen. Neugebauer. 8a (" " ") Kirchstr. 33, Ref. Gen. E. H. Müller. 9 (" " ") Matthiassstr. 140, Ref. Gen. Heppner. 9a (" " ") Endstr. 6, Ref. Gen. Dori. 10 (Sandtor) Delbnerstr. 8, Ref. Gen. Prosig. 11 (" " ") Michaelistr. 26, Ref. Gen. Peiffer. 12 (Schleitz. Dorf.) Vanstr. 42, Ref. Gen. Kawalla. 13 (" " ") Kirchstr. 63, Ref. Gen. Klegon. 14 (Dylauer Tor) Königgräberstraße 10, Ref. Gen. Grohmann. 15 (" " ") Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Anders. 16 (Strehler Tor) Hubenstr. 80, Ref. Gen. Senf. 16a (Bohrner Tor) Bohrerstr. 70, Ref. Gen. Schiller. 17 (Schweida. Dorf.) Neudorfstr. 99, Ref. Gen. Schütz. 17a (Schweida. " nördl.) Sabowastr. 3, Ref. Gen. Kowalski. 18 (Innere Stadt, Hbl.) Reberberg 7, Ref. Frau Pawalk. 19 (" " " wehl.) Kupferknechtstr. 21, Ref. Gen. Tokus. Land-Distrikt 6, (Höpelwitz) Brommstr. 2, Ref. Gen. Scholich. " 14, (Heidain, Dürghoh) Schönstr. 21, Ref. Gen. Kiedel. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt. Landdistrikt 12 (Weitzke Paradies, Krieger, Klettenhof und Kleiberg). Mittwoch, den 15. März, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Kiedel in Hartlieb. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Landdistrikt 13 (Weitzke Dörfchen, Weitzke, Weitzke und Umgegend). Montag, den 13. März, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Bericht über die General-Versammlung. Vortrag des Genossen Wolff über das Parteiprogramm. Vereinsangelegenheiten. Der Distriktsführer.

Advertisement for Smith Premier typewriters. Text: 180 Mark + 180 " + 180 " Zusammen 540 Mk. können Sie pro Jahr auf Ihrem Unkostenkonto ersparen, wenn Sie statt 3 Schreibmaschinen mit „Englischer Tastatur“ (Umschaltung) 1259 3 Smith Premier mit „Deutscher Tastatur“ verwenden, da ca. 20% Mehrleistung. Verlangen Sie bitte von uns Vorführung und Beweis für unsere Behauptungen. Smith Premier Typewriter Co. Breslau, Neue Schweißdaitzerstrasse 6, Hanshaus. Telefon 2904.

